MWB Wertpapierhandelshaus AG
- Gräfelfing -

Unvollständiger Verkaufsprospekt

für

DM 2.000.000,--
neue auf den Inhaber lautende Stammaktien
aus der am 12. März 1999 beschlossenen Kapitalerhöhung

und

DM 150.000,--
auf den Inhaber lautende Stammaktien
aus dem Besitz eines Altaktionärs

und

bis zu DM 500.000,--
auf den Inhaber lautende Stammaktien
aus dem Besitz eines Altaktionärs
(Kontingent zugunsten von Freunden und Geschäftspartnern)

sowie für

bis zu DM 450.000,--
auf den Inhaber lautende Stammaktien
aus dem Besitz eines Altaktionärs (Greenshoe)

mit einem Nennbetrag von jeweils DM 5,-- und
mit voller Gewinnberechtigung für das Geschäftsjahr 1999

-Wertpapier-Kenn-Nummer 665 610-
-ISIN-Code DE 000 665 610 1-
-Common Code 946 166 3-

und zugleich

Börsenzulassungsprospekt

für

DM 8.304.500,--
auf den Inhaber lautende Stammaktien

mit voller Gewinnberechtigung für das Geschäftsjahr 1999

eingeteilt in

Stück 1.660.900 Inhaber-Stammaktien (WKN 665 610)
mit einem Nennbetrag von je DM 5,--

Nr. 0.000.001 bis 1.660.900

der

MWB Wertpapierhandelshaus AG
- Gräfelfing -

für die Zulassung zum Börsenhandel
mit amtlicher Notierung

an den

Wertpapierbörsen zu München, Berlin und Frankfurt am Main

Inhaltsverzeichnis

1. Glossar 6
2. Allgemeines 11
   2.1. Verantwortlichkeit für den Prospektinhalt 11
   2.2. Einsichtnahme in die Unterlagen 11
   2.3. Gegenstand des Prospektes 11
3. Das Angebot 12
   3.1. Allgemeines 12
   3.2. Abgebender Altaktionär 13
   3.3. Altaktionäre 13
   3.4. Bevorrechtigte Zuteilung 13
   3.5. Kapitalveränderungen 13
   3.6. Marktschutzvereinbarung 14
   3.7. Stimmrecht 14
   3.8. Gewinnberechtigung 14
   3.9. Börsennotierung 14
   3.10. Verwendung des Emissionserlöses 15
   3.11. Lieferung der Aktien und Zahlung 15
   3.12. Wertpapier-Kenn-Nummern 15
   3.13. Kürzel für den amtlichen Handel 15
4. Besteuerung 16
   4.1. Besteuerung von Unternehmensgewinnen von Kapitalgesellschaften 16
   4.2. Dividendenbesteuerung 16
      4.2.1. Steuerpflichtige Anteilseigner mit Sitz / Wohnsitz in Deutschland 16
      4.2.2. Anteilseigner mit Sitz / Wohnsitz außerhalb Deutschlands 17
   4.3. Besteuerung von Veräußerungsgewinnen 18
   4.4. Erbschaft- und Schenkungsteuer 18
   4.5. Sonstige Steuern in Deutschland 18
5. Risikohinweise für die Anlageentscheidung 19
   5.1. Allgemeine Branchenrisiken 19
   5.2. Akzeptanz der Anlageform “Aktie” 20
   5.3. Wettbewerb 20
   5.4. Strukturen der Börsen 21
   5.5. Elektronische Handelssysteme / Internet 21
   5.6. Wachstumsfähigkeit / Aufbau neuer Geschäftsfelder / Notwendigkeit von Investitionen 22
   5.7. Risiken aus dem Emissionsgeschäft / Prospekthaftung 23
   5.8. Risiken aus dem Privatkundengeschäft / Beratungshaftung 23
   5.9. Globalisierung der Kapitalmärkte 24
   5.10. Veränderung in der Kundenstruktur 24
   5.11. Schlüsselrolle bestimmter Mitarbeiter 24
   5.12. Risikokontrollen 25
   5.13. Beteiligung an der KST Wertpapierhandelsaktiengesellschaft 25
   5.14. Erlaubnispflichtige Tätigkeit / Änderungen des regulatorischen Umfelds 26
   5.15. EDV / Telekommunikationseinrichtungen 27
   5.16. Ertragsteuerliche Prüfung / Betriebsprüfung 27
   5.17. Volatilität des Marktpreises 28
   5.18. Jahr 2000 28
   5.19. Verläßlichkeit von Meinungen und Prognosen 28

6. Allgemeine Angaben über die Gesellschaft 29
6.1. Gründung und Entwicklung 29
6.2. Firma, Sitz, Geschäftsjahr und Dauer der Gesellschaft 29
6.3. Gegenstand der Gesellschaft 29
6.4. Kapitalverhältnisse 30
6.5. Organe der Gesellschaft 32
6.5.1. Vorstand 32
6.5.2. Aufsichtsrat 33
6.5.3. Hauptversammlung 34
6.5.4. Kurzlebenslauf der wesentlichen Unternehmensträger 34
6.5.5. Laufzeit der Vorstandsverträge 35
6.6. Gewinnverwendung und Dividendenpolitik 35
6.7. Grundbesitz 35
6.8. Mitarbeiter 35
6.9. Abhängigkeit von Patenten und Lizenzen 36
6.10. Zahl- und Hinterlegungsstellen 36
6.11. Versicherungsschutz 36
6.12. Rechtsstreitigkeiten 36
6.13. Bekanntmachungen 37
6.14. Abschlußprüfer 37
7. Geschäftstätigkeit 38
7.1. Überblick 38
7.2. Börsenhandel 38
7.2.1. Tätigkeitsfeld 38
7.2.2. Kunden und Wettbewerb 40
7.3. Emissionsgeschäft 41
7.4. Privatkundengeschäft 41
7.5. Investitionen 42
7.6. Beteiligungen 42
7.6.1. MWB Gesellschaft für Kapitalmarktkommunikation und Emissionsmanagement mbH 42
7.6.2. KST Wertpapierhandelsaktiengesellschaft 43
8. Finanzteil 46
8.1. Vergleichszahlen der letzten drei Geschäftsjahre 46
8.1.1. Vergleichs-Einzelbilanz der MWB Wertpapierhandelshaus AG, Gräfelfing 46
8.1.2. Vergleichs-Gewinn- und Verlustrechnung der MWB Wertpapierhandelshaus AG 48
8.2. Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1998 48
8.2.1. Lagebericht der MWB Wertpapierhandelshaus AG 48
8.2.2. Einzelbilanz der MWB Wertpapierhandelshaus AG 51
8.2.3. Gewinn- und Verlustrechnung der MWB Wertpapierhandelshaus AG für die Zeit vom 1. Januar 1998 bis 31. Dezember 1998 53
8.2.4. Anhang 54
8.2.5. Bestätigungsvermerk 59
9. Geschäftsgang und Aussichten 59

Die Aktien der MWB Wertpapierhandelshaus AG, Gräfelfing, sind und werden weder nach den Vorschriften des United States Securities Act of 1933 noch nach dem Recht von Einzelstaaten der Vereinigten Staaten registriert und werden dort nicht angeboten und verkauft.

Dieser Unvollständige Verkaufsprospekt / Börsenzulassungsprospekt ist nicht für U.S.-Personen im Sinne des Securities Act of 1933 bestimmt und darf nicht in die Vereinigten Staaten versandt oder auf eine andere Weise geliefert werden.

Dieser Unvollständige Verkaufsprospekt / Börsenzulassungsprospekt ist weder ein Angebot zum Verkauf der auf den Inhaber lautenden Stammaktien noch eine Aufforderung, ein Angebot zum Kauf der auf den Inhaber lautenden Stammaktien abzugeben, sondern dient ausschließlich der Information.

1. Glossar

Aktien
Alle bereits ausgegebenen auf den Inhaber lautenden Stammaktien der Gesellschaft sowie die auf den Inhaber lautenden Stammaktien aus der Kapitalerhöhung jeweils im Nennbetrag von je DM 5,--.

Amtlicher Handel
Handelssegment an deutschen Wertpapierbörsen, in dem sich über 90% der Börsenumsätze konzentrieren. Die Feststellung der Kurse erfolgt von amtlich bestellten Kursmaklern. Die Zulassung von Wertpapieren zum Handel mit amtlicher Notierung ist von der Einhaltung der in der Börsenzulassungsverordnung geregelten Zulassungsvoraussetzungen abhängig.

Angebotene Aktien
Alle im Rahmen des öffentlichen Angebots angebotenen Stück 400.000 neuen Inhaber-Stammaktien aus der am 12. März 1999 beschlossenen und am 22. März 1999 in das Handelsregister eingetragenen Kapitalerhöhung, die Stück 30.000 Inhaber-Stammaktien aus dem Eigentum eines abgebenden Altaktionärs und die bis zu Stück 100.000 Inhaber-Stammaktien aus dem Eigentum eines abgebenden Altaktionärs als reserviertes Kontingent für die Zuteilung an Freunde und Geschäftspartner sowie die bis zu Stück 90.000 Inhaber-Stammaktien aus dem Eigentum eines abgebenden Altaktionärs zur Abdeckung von Mehrzuteilungen (Greenshoe-Option).

Arbitrage
Geschäfte zur Ausnutzung von Preis-, Kurs- oder Zinsunterschieden zum gleichen Zeitpunkt an verschiedenen Märkten, Börsen bzw. Handelssystemen zur Gewinnerzielung.

Aufgabe/Aufgabegeschäft
Fungiert ein Börsenmakler bei Abschluß eines Geschäftes zunächst selbst als Kontrahent, bis er einen endgültigen Käufer oder Verkäufer findet, wird dieses Geschäft als Aufgabe oder Aufgabegeschäft bezeichnet. Der Kurs wird dabei sofort festgelegt, so daß der Makler Kursrisiken und -chancen bis zur endgültigen Ausführung des Geschäftes trägt.

Back Office
Dem Handel nachgeschaltete Abteilung einer Bank oder eines Wertpapierhandelshauses zur Erfassung, Abwicklung und Kontrolle der getätigten Handelsgeschäfte.

BAKred
Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen; selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen mit Sitz in Berlin. Das Bundesaufsichtsamt übt die Aufsicht über Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute nach Maßgabe des Kreditwesengesetzes aus.

Betreuer/Designated Sponsor
Betreuer sollen an der Börse bei Bedarf für zusätzliche Liquidität sorgen, indem sie auf Anfrage Preise für den An- und Verkauf stellen. Ferner sind sie Ansprechpartner der von ihnen betreuten Emittenten und bieten diesen zusätzliche Dienstleistungen an.

BörsG
Börsengesetz; dieses Gesetz regelt im wesentlichen den Börsenhandel in Wertpapieren. In Verbindung mit der Börsenzulassungsverordnung regelt es die Zulassung von Wertpapieren zum amtlichen Handel.

Bookbuilding-Verfahren
Im angelsächsischen Raum etabliertes und auch in Deutschland überwiegend verwandtes Syndizierungs- und Plazierungsverfahren bei Aktienemissionen. Im Gegensatz zum Festpreisverfahren, bei dem der Emissionspreis zwischen konsortialführender Bank und Emittentin vereinbart wird und das Bankenkonsortium die Übernahme der Emission zu einem bereits vor Veröffentlichung des Verkaufsangebotes festgelegten Plazierungspreis garantiert, wird beim Bookbuilding-Verfahren der Kapitalanleger mit in den Preisfindungsprozeß einbezogen. In einer Pre-Marketing-Phase werden wesentliche Charakteristika des Unternehmens und Merkmale der Unternehmensstrategie potentiellen Kapitalanlegern vorgestellt, um Interesse und Preisvorstellungen der Anleger zu eruieren. Auf Basis dieser Erkenntnisse wird eine Preisspanne festgelegt, in der sich der Emissionspreis bewegen wird. In der Phase des Bookbuilding legen die Anleger ihre Zeichnungswünsche offen. Aufgrund der Orderlage wird von der konsortialführenden Bank in Absprache mit der Emittentin und unter Berücksichtigung der aktuellen Marktsitutation ein endgültiger Plazierungspreis festgelegt.

Clearing
Über eine zentrale Institution (Clearingstelle) aufgrund einer multilateralen Vereinbarung abgewickelte gegenseitige Auf- und Verrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten, so daß nur die sich zugunsten oder zu Lasten eines jeden ergebenden Salden gutgeschrieben bzw. belastet werden.

Compliance
Handeln in Übereinstimmung mit geltenden Gesetzen (z.B. WpHG, KWG, Börsengesetz etc.) und Regeln (z.B. Anforderungen der Aufsichtsämter, Börsenusancen etc.); Ziel ist es, zum Schutz des Kapitalanlegers bestimmte Verhaltensweisen sicherzustellen und Interessenkonflikte zu vermeiden.

Courtage
Vermittlungsprovision von Maklern für ihre Tätigkeit bei der Vermittlung von Wertpapiergeschäften.

DAX®
Deutscher Aktienindex; der Index enthält die 30 größten und umsatzstärksten deutschen Aktien und repräsentiert damit mehr als 70 % des gesamten Grundkapitals inländischer börsennotierter Aktiengesellschaften und 75 % der in deutschen Beteiligungspapieren getätigten Börsenumsätze. Der Index ist als Performance-Index konzipiert, der um Dividendenzahlungen und Bezugsrechtsgewährungen bereinigt ist.

Eigenhandel
Wertpapier- bzw. Börsengeschäfte einer Bank oder eines Maklers für eigene Rechnung und auf eigenes Risiko.

Freimakler
Freimakler sind berufsmäßige Vermittler von Börsengeschäften. Die Zulassung zum Börsenhandel erfolgt gemäß § 7 Abs. 1 Satz 1 BörsG durch die jeweilige Börsengeschäftsführung auf Basis der Börsenordnung. Eine Vereidigung erfolgt nicht. Im Unterschied zu den (Kurs-) Maklern, die auf Vorschlag der jeweiligen Börsengeschäftsführung von der zuständigen Börsenaufsichtsbehörde bestellt und vereidigt werden, üben sie keine amtliche Funktion aus. Freimakler können grundsätzlich in allen zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapieren Geschäfte abschließen. Ihre Vermittlungsdienste werden überwiegend von Kreditinstituten und Investmentgesellschaften in Anspruch genommen. Sowohl die Freimakler als auch die (Kurs-) Makler sind Makler im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches und Handelsmakler im Sinne des Handelsgesetzbuches.

Freiverkehr
Handelssegment an deutschen Wertpapierbörsen; nichtamtlicher Börsenhandel während der Börsenzeit im Börsensaal in Wertpapieren, die an der jeweiligen Börse weder zum Amtlichen Handel noch zum Geregelten Markt zugelassen sind.

FWB
Frankfurter Wertpapierbörse

Geregelter Markt
Handelssegment an deutschen Wertpapierbörsen; der Geregelte Markt soll Unternehmen, die ihre Aktien auf einem gesetzlich geregelten Markt unter Aufsicht der Börse notieren lassen wollen, jedoch die Anforderungen des Amtlichen Handels nicht erfüllen, die Eigenkapitalzuführung ermöglichen.

Going Public / IPO (Initial Public Offering)
Neuemission eines Unternehmens in Form einer Aktienplazierung und Einführung von bislang nicht börsennotierten Aktien in einem Marktsegment an einer oder mehreren Wertpapierbörsen.

Greenshoe Option / Mehrzuteilungsoption
Vereinbarung zwischen dem Emissionskonsortium und der Emittentin im Rahmen einer Plazierung nach dem Bookbuilding-Verfahren. Danach werden dem Emissionskonsortium für den Fall, daß die Nachfrage das ursprünglich vorgesehene Emissionsvolumen erheblich überschreitet, Mehrzuteilungen zu den Ursprungskonditionen eingeräumt. Dadurch soll die Kursentwicklung nach der Aufnahme der Börsennotierung stabilisiert werden.

Index / Indizes
Kennzahlen, die statistischen, zeitlichen und örtlichen Vergleichen dienen; ein Aktienindex ist regelmäßig ein aus den Werten unterschiedlicher, börslich gehandelter Unternehmen zusammengesetzter Aktienkorb, dem zu Beginn ein bestimmter Wert zugewiesen wird. Je nach Kursentwicklung der im Korb zusammengefaßten Aktienwerte kann anhand des Indexwertes abgelesen werden, ob sich im Durchschnitt der Werte im Zeitverlauf eine Änderung ergeben hat.

Kassamarkt
Markt, in dem im Gegensatz zum Terminmarkt die Erfüllung, also Lieferung und Abnahme der Wertpapiere sowie Bezahlung, unmittelbar, das heißt in einer Frist von zwei Bankarbeitstagen, erfolgt.

Kommissionshandel
Gewerbsmäßiger Abschluß von Geschäften mit Waren und Wertpapieren eines selbständigen Kaufmannes im eigenen Namen für Rechnung Dritter.

Kursmakler
Börsenmakler, der auf Vorschlag der Börsengeschäftsführung von der zuständigen Börsenaufsichtsbehörde amtlich bestellt und vereidigt wird. Die Aufgabe des Kursmaklers besteht in der Feststellung amtlicher Kurse für Wertpapiere. Für ihre Tätigkeit erhalten Kursmakler eine Provision (Courtage).

KWG
Kreditwesengesetz; Gesetz zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des bundesdeutschen Bankgewerbes. Grundsätzlich sind alle Banken und Finanzdienstleistungsinstitute dem KWG und der damit verbundenen staatlichen Aufsicht unterworfen.

Market Maker
Banken oder Wertpapierhandelshäuser, die die Verpflichtung übernehmen, für einzelne oder mehrere Handelsobjekte, wie zum Beispiel Wertpapiere oder Derivate, jederzeit für bestimmte Mindestmengen verbindliche An- und Verkaufskurse zu stellen und damit einen Markt in diesen Titeln zu unterhalten.

MDAX®
Midcap DAX®; dieser Aktienindex wurde 1996 von der Deutsche Börse AG eingeführt. Er beinhaltet jene 70 variabel gehandelte Titel, die in Bezug auf Marktkapitalisierung und Börsenumsatz unmittelbar den 30 DAX®-Werten folgen.

Mehrzuteilungsoption
siehe Greenshoe Option

Neuer Markt®
Handelssegment innerhalb des elektronischen Handelssystems XETRA® der Deutsche Börse AG für stark wachsende Unternehmen mit verschärften Zulassungsbedingungen und erhöhten Publizitätspflichten.

Order
Auftrag zum Erwerb oder Verkauf von Wertpapieren.

Parketthandel
Handel auf dem Parkett des Börsensaals, bei dem die Händler physisch anwesend sind.

Schlußnote
Nach Abschluß eines Geschäfts von jedem Handelsmakler an die Kontrahenten zuzustellende formalisierte Abschlußbestätigung.

Skontroführender Makler
Makler, der die Preise im nicht-amtlichen Handel (Geregelter Markt oder Freiverkehr) feststellt. Er nimmt für die ihm zugewiesenen Wertpapiere Aufträge entgegen, stellt Börsenpreise fest und führt die ihm erteilten Aufträge gegebenenfalls zu diesen Börsenpreisen aus.

Übernahmekodex
Von der Börsensachverständigenkommission beim Finanzministerium 1995 entwickelt mit der Intention, im Wege der Selbstregulierung Grundsätze für öffentliche Übernahmeangebote zu schaffen; bei dem Kodex handelt es sich nicht um ein Gesetz, sondern vielmehr um eine Empfehlung, die 1998 verschärft wurde.

VerkProspG
Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz; dieses Gesetz regelt im wesentlichen das öffentliche Angebot von Wertpapieren, die nicht zum Börsenhandel an einer inländischen Börse zugelassen sind. In Verbindung mit der Verkaufsprospekt-Verordnung regelt es den Inhalt von Verkaufsprospekten.

Volatilität
Maß für die relative Schwankungsbreite und damit für das Kursrisiko eines Wertpapiers in einem bestimmten Zeitraum. Sie wird mit Hilfe statistischer Steuerungsmaße wie Varianz und Standardabweichung gemessen.

WpHG
Wertpapierhandelsgesetz

Wertpapierhandelsbank
Begriff des KWG; Kreditinstitute, die keine Einlagenkreditinstitute sind und die das Finanzkommissionsgeschäft, das Emissionsgeschäft, die Anlagevermittlung, die Abschlußvermittlung, die Finanzportfolioverwaltung oder den Eigenhandel im Kundenauftrag betreiben.

XETRA®
Exchange Electronic Trading; die elektronische Handelsplattform der Deutsche Börse AG, in dem Aktien, Optionsscheine und Rentenpapiere gehandelt werden können.

XETRA®-Release 3
Erweiterung von XETRA®, mit der auch Privatanleger über ihre Bank am elektronischen Handel teilnehmen können.

2. Allgemeines

2.1. Verantwortlichkeit für den Prospektinhalt

Die MWB Wertpapierhandelshaus AG, Gräfelfing (nachstehend auch "MWB AG", "MWB" oder "Gesellschaft" genannt), und die am Ende des Unvollständigen Verkaufsprospektes / Börsenzulassungsprospektes ("Prospekt") unterzeichnenden Konsortialbanken übernehmen im Rahmen des § 45 Börsengesetz die Prospekthaftung und erklären, daß ihres Wissens die Angaben in diesem Prospekt richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen worden sind.

2.2. Einsichtnahme in die Unterlagen

Geschäftsberichte der Gesellschaft sowie die in diesem Prospekt genannten Unterlagen sind, soweit sie die Gesellschaft betreffen, während der üblichen Geschäftszeiten am Sitz der Gesellschaft, Rottenbucher Straße 28, 82166 Gräfelfing, sowie in den Geschäftsräumen der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft, Going Public / Equity Capital Markets, BG-GP, Alexanderplatz 2, 10178 Berlin, einzusehen.

2.3. Gegenstand des Prospektes

Gegenstand des Prospektes als Verkaufsprospekt sind auf den Inhaber lautende Stammaktien der MWB (die "Aktien"), und zwar

DM 2.000.000,--, eingeteilt in Stück 400.000 neue, auf den Inhaber lautende Stammaktien aus der am 12. März 1999 beschlossenen Kapitalerhöhung und

DM 150.000,--, eingeteilt in Stück 30.000 auf den Inhaber lautende Stammaktien aus dem Eigentum eines abgebenden Altaktionärs sowie

bis zu DM 500.000,--, eingeteilt in bis zu Stück 100.000 auf den Inhaber lautende Stammaktien aus dem Eigentum eines abgebenden Altaktionärs als reserviertes Kontingent für die Zuteilung an Freunde und Geschäftspartner und

bis zu DM 450.000,--, eingeteilt in bis zu Stück 90.000 auf den Inhaber lautende Stammaktien aus dem Eigentum eines abgebenden Altaktionärs im Hinblick auf die dem Bankenkonsortium gewährte Mehrzuteilungsoption ("Greenshoe Option").

Gegenstand des Prospektes als Börsenzulassungsprospekt sind DM 8.304.500,--, eingeteilt in 1.660.900 auf den Inhaber lautende Stammaktien (gesamtes Grundkapital).

Die Aktien sind jeweils mit voller Gewinnberechtigung für das Geschäftsjahr 1999 ausgestattet.

3. Das Angebot

3.1. Allgemeines

Die im Rahmen dieses Prospektes angebotenen Aktien sind Bestandteil eines öffentlichen Kaufangebotes in Deutschland in der Zeit vom voraussichtlich 15. -16. April 1999 von insgesamt Stück 530.000 bzw. 620.000, falls die nachfolgend beschriebene Mehrzuteilungsoption vollständig ausgeübt wird, auf den Inhaber lautende Stammaktien der Gesellschaft. Das Angebot umfaßt DM 2.000.000,-- neue Inhaber-Stammaktien (Stück 400.000) aus der am 12. März 1999 beschlossenen und am 22. März 1999 in das Handelsregister eingetragenen Kapitalerhöhung und DM 150.000,-- Inhaber-Stammaktien (Stück 30.000) aus dem Eigentum eines abgebenden Altaktionärs sowie bis zu DM 500.000,-- Inhaber-Stammaktien (bis zu Stück 100.000) aus dem Eigentum eines abgebenden Altaktionärs als reserviertes Kontingent für die Zuteilung an Freunde und Geschäftspartner und weitere bis zu DM 450.000,-- Inhaber-Stammaktien (bis zu Stück 90.000) aus dem Eigentum eines abgebenden Altaktionärs als Kontingent für eine Mehrzuteilungsoption.

Die Konsortialbanken des Angebotes sind die Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft (Konsortialführer), Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft, M.M. Warburg & CO Kommanditgesellschaft auf Aktien sowie Bankhaus Ellwanger & Geiger (zusammen mit der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft die “Konsortialbanken”). Die Aktien werden unter Führung der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft in Deutschland öffentlich angeboten.

Die genannten insgesamt bis zu Stück 530.000 und im Falle einer Mehrzuteilung die bis zu Stück 90.000 auf den Inhaber lautenden Stammaktien werden im Wege des Bookbuilding-Verfahrens innerhalb einer Preisspanne von Euro XX,-- bis Euro XX,-- je Inhaber-Stammaktie freibleibend zum Kauf von den Konsortialbanken angeboten. Die Preisspanne wird voraussichtlich am 14. April 1999 im Rahmen einer Investorenkonferenz/Unternehmenspräsentation bekanntgegeben und voraussichtlich am 15. April 1999 veröffentlicht. Die vorzeitige Beendigung des Verkaufes unter Abkürzung der Verkaufsfrist bleibt vorbehalten.

Die Kaufangebote können mit einem Preislimit innerhalb der Preisspanne versehen werden. Der Verkaufspreis zu dem die bis zu 530.000 Inhaber-Stammaktien und im Fall der Mehrzuteilung die bis zu 90.000 Mehrzuteilungs-Aktien einheitlich abgerechnet werden, wird voraussichtlich am 16. April 1999 auf Basis der bis zum Ende der Verkaufsfrist eingegangenen Kaufangebote festgelegt. Der Verkaufspreis wird voraussichtlich am 20. April 1999 veröffentlicht. Die Kaufangebote werden von den Konsortialbanken freibleibend während der üblichen Schalterstunden entgegengenommen. Insbesondere für den Fall, daß das Plazierungsvolumen nicht ausreicht, sämtliche Kaufangebote zum Verkaufspreis zu bedienen, behalten sich die Konsortialbanken vor, Kaufangebote nicht oder nur teilweise anzunehmen. Anleger, die ihr Kaufangebot über eine Konsortialbank abgegeben haben, können die Anzahl der ihnen jeweils zugeteilten Aktien voraussichtlich ab dem 20. April 1999 bei dieser in Erfahrung bringen.

Im Zusammenhang mit der Plazierung ist die Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft berechtigt, Mehrzuteilungen vorzunehmen oder bestimmte Stabilisierungsmaßnahmen zu ergreifen. Die Frist für die Stabilisierungsmaßnahmen endet 20 Börsentage nach Aufnahme des Handels der Aktien der MWB. Etwaige Stabilisierungsmaßnahmen können jederzeit beendet werden.

Die Aktien der MWB Wertpapierhandelshaus AG, Gräfelfing, sind und werden weder nach den Vorschriften des United States Securities Act of 1933 noch nach dem Recht von Einzelstaaten der Vereinigten Staaten registriert und werden dort nicht angeboten und verkauft.

3.2. Abgebender Altaktionär

Der abgebende Altaktionär ist die FMNP Beteiligungs GmbH. Das Vermögen der FMNP Beteiligungs GmbH besteht im wesentlichen aus der Beteiligung an der MWB Wertpapierhandelshaus AG. Die Gründungsaktionäre der MWB, Frau Christine Niederreuther-Rohrhirsch, Herr Lutz Fröba, Herr Thomas Mühlbauer und Herr Thomas Posovatz, halten je 25 % der Gesellschaftsanteile der FMNP Beteiligungs GmbH. Es bestehen keine Gewinnabführungs- oder Beherrschungsverträge zwischen der MWB Wertpapierhandelshaus AG und der FMNP Beteiligungs GmbH.

3.3. Altaktionäre

Das bisherige Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von DM 6.304.500,-- wurde vor dem Angebot zu 45,05 % von der FMNP Beteiligungs GmbH und zu je 12,53 % von Christine Niederreuther-Rohrhirsch, Lutz Fröba, Thomas Mühlbauer und Thomas Posovatz sowie zu 4,83 % von Belegschaftsangehörigen und Aufsichtsratsmitgliedern gehalten.

3.4. Bevorrechtigte Zuteilung

Im Rahmen des Angebotes von Aktien der MWB werden bis zu DM 500.000,-- Inhaber-Stammaktien der angebotenen Aktien als reserviertes Kontingent für die bevorrechtigte Zuteilung an Freunde und Geschäftspartner zur Verfügung gestellt.

3.5. Kapitalveränderungen

Die Gesellschafter haben auf ihrer Gesellschafterversammlung vom 9. Oktober 1998 unter anderem beschlossen, den Vorstand ihrer Gesellschaft zu ermächtigen, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital bis zum 8. Dezember 2003 durch Ausgabe neuer Stammaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrfach, insgesamt um höchstens DM 3.000.000,-- zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Von dieser Ermächtigung wurde teilweise Gebrauch gemacht, indem von Mitarbeitern und dem Aufsichtsrat im Rahmen eines Beteiligungsmodells DM 304.500,-- in der Kapitalerhöhung 1999 I gezeichnet worden sind, so daß noch ein genehmigtes Kapital in Höhe von DM 2.695.500,-- bestand.

Der Vorstand der Gesellschaft hat am 12. März 1999 mit Zustimmung des Aufsichtsrates vom 12. März 1999 beschlossen, das genehmigte Kapital durch Ausgabe von Stück 400.000 neuen Inhaber-Stammaktien gegen Bareinlage teilweise auszunutzen. Damit erhöht sich das Grundkapital der Gesellschaft von DM 6.304.500,-- um DM 2.000.000,-- auf DM 8.304.500,-- durch Ausgabe von Stück 400.000 neuen Inhaber-Stammaktien im Nennbetrag von DM 5,-- je Aktie. Diese Kapitalerhöhung wurde

am 22. März 1999 in das Handelsregister eingetragen.

Die neuen Aktien sind für das Geschäftsjahr 1999 voll dividendenberechtigt. Die neuen Aktien wurden von dem unter Führung der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft stehenden Bankenkonsortium zum Ausgabepreis von DM 5,-- je Stammaktie mit der Verpflichtung gezeichnet und übernommen, sie zusammen mit weiteren DM 650.000,-- Stammaktien aus dem Altaktionärsbesitz breit gestreut bei interessierten Anlegern zu plazieren. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ausgabepreis und dem Emissionspreis (Agio) für die neuen Inhaber-Stammaktien wird nach Abschluß der Plazierung an die Gesellschaft abgeführt.

3.6. Marktschutzvereinbarung

Die Altaktionäre FMNP Beteiligungs GmbH, Christine Niederreuther-Rohrhirsch, Lutz Fröba, Thomas Mühlbauer und Thomas Posovatz haben sich verpflichtet, die von ihnen gehaltenen Aktien innerhalb eines Zeitraums von 9 Monaten, nachdem die Aktien der Gesellschaft zum ersten Mal an einer Wertpapierbörse amtlich notiert werden, weder direkt noch indirekt über eine Wertpapierbörse anzubieten, zu verkaufen oder zu vermarkten. Innerhalb der danach folgenden 15 Monate dürfen die genannten Altaktionäre die von ihnen gehaltenen Aktien nur mit Zustimmung der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft direkt oder indirekt über eine Wertpapierbörse anbieten, verkaufen oder vermarkten.

3.7. Stimmrecht

Jede Stammaktie mit einem Nennbetrag von DM 5,-- gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme.

3.8. Gewinnberechtigung

Die angebotenen Aktien sind mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem Beginn des Geschäftsjahres 1999 ausgestattet.

3.9. Börsennotierung

Das gesamte Grundkapital der Gesellschaft nach der Kapitalerhöhung vom März 1999 ist zum Börsenhandel mit amtlicher Notierung an den Wertpapierbörsen zu München, Berlin und Frankfurt am Main zugelassen worden. Die Aufnahme der amtlichen Notierung an den Börsen ist für den 20. April 1999 vorgesehen.

3.10. Verwendung des Emissionserlöses

Die Emissionskosten werden ca. DM XX Mio. betragen, davon die Gesamtvergütung an die Konsortialbanken in Höhe von ca. DM XX Mio..

Der aus der Kapitalerhöhung vom März 1999 zufließende Nettoerlös in Höhe von ca. DM XX,XX Mio. dient zur Stärkung der Kapitalbasis und zur Unterlegung des Maklergeschäftes mit Eigenkapital, die für die Gesellschaft ab 1. Januar 1999 mit Inkrafttreten der Anforderungen der 6. KWG-Novelle notwendig wurde. Des weiteren soll der Aufbau der neuen Geschäftsfelder, Emissions- und Privatkundengeschäft, finanziert werden und die Akquisition bzw. Beteiligung an ertragsstarken Finanzdienstleistern erfolgen.

Der aus der Umplazierung zufließende Nettoerlös in Höhe von ca. DM XX,XX Mio. wird an den abgebenden Altaktionär abgeführt.

3.11. Lieferung der Aktien und Zahlung

Die Lieferung der Aktien gegen Zahlung erfolgt voraussichtlich am 21. April 1999.

Die im Rahmen des öffentlichen Angebotes angebotenen Aktien sowie die im Eigentum der bisherigen Altaktionäre verbleibenden Aktien sind in permanenten Globalurkunden mit dazugehörigen Globalgewinnanteilscheinen verbrieft, die bei der Deutsche Börse Clearing AG, Frankfurt am Main, hinterlegt sind. Den Inhabern der Aktien stehen Miteigentumsanteile an den permanenten Globalurkunden mit Globalgewinnanteilscheinen zu.

Die Einzelverbriefung ist satzungsgemäß ausgeschlossen.

3.12. Wertpapier-Kenn-Nummern

Die deutsche Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN) für die Aktien lautet 665 610.

Der International Securities Identification Code (ISIN) für die Aktien lautet DE 000 665 610 1 und der Common Code 946 166 3.

3.13. Kürzel für den amtlichen Handel

Das vorgesehene Kürzel für den amtlichen Handel lautet MWB.

4. Besteuerung

Die folgenden Ausführungen sind eine Darstellung bestimmter deutscher Steuervorschriften. Die Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit der Informationen, die für eine Kaufentscheidung hinsichtlich der angebotenen Aktien notwendig sein könnten. Die Darstellung basiert auf den zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Prospektes geltenden Steuervorschriften in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Steuervorschriften können Änderungen erfahren. Jüngste Änderungen ergaben sich durch das Steuerentlastungsgesetz 1999 / 2000 / 2002, welches am 19. März 1999 verabschiedet wurde. Die Darstellung bezieht sich ausschließlich auf die Dividendenbesteuerung (einschließlich der Kapitalertragsteuer), die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen und die Erbschaft- und Schenkungsteuer und behandelt auch nicht alle Aspekte dieser Sachverhalte. Die Ausführungen behandeln nicht die individuellen Steuerumstände einzelner Erwerber der Aktien. Sie betreffen vorwiegend natürliche Personen als Anteilseigner, partiell auch Körperschaften. Die folgenden Hinweise berücksichtigen nicht mögliche Gewerbesteuerbelastungen auf Gewinnausschüttungen. Im Zweifelsfall sollte unbedingt ein steuerlicher Berater konsultiert werden.

4.1. Besteuerung von Unternehmensgewinnen von Kapitalgesellschaften

In Deutschland ansässige Aktiengesellschaften unterliegen mit ihrem zu versteuernden Einkommen der Gewerbeertragsteuer und der Körperschaftsteuer. Das zu versteuernde Einkommen der Kapitalgesellschaft ergibt sich unter der Beachtung besonderer gewerbeertrag-, einkommen- und körperschaftsteuerlicher Vorschriften aus dem Handelsbilanzergebnis.

Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer ist gemäß § 7 GewStG der Gewerbeertrag als das um Hinzurechnungen und Kürzungen modifizierte zu versteuernde Einkommen. Die Gewerbesteuer ist eine abzugsfähige Steuer. Ihre Höhe ergibt sich durch Anwendung eines Vomhundertsatzes (Steuermeßzahl) auf den Gewerbeertrag. Das Ergebnis daraus (Steuermeßbetrag) ist mit einem Vomhundertsatz (Hebesatz) zu multiplizieren. Die Gewerbeertragsteuer variiert je nach der Höhe des von den Gemeinden für die in ihrem Gebiet ansässigen Unternehmen festgesetzten Hebesatzes.

Die Körperschaftsteuer der Kapitalgesellschaft beträgt gemäß § 23 Abs. 1 KStG auf einbehaltene Gewinne seit dem 1. Januar 1999 40 % des zu versteuernden Einkommens. Die Körperschaftsteuer wird nach Maßgabe des § 27 Abs. 1 KStG gemindert oder erhöht, soweit Gewinnausschüttungen erfolgen. Die Minderungen oder Erhöhungen bewirken, daß die Ausschüttung in der Regel mit einer 30 %igen Körperschaftsteuer belegt ist.

4.2. Dividendenbesteuerung

4.2.1. Steuerpflichtige Anteilseigner mit Sitz / Wohnsitz in Deutschland

Dividenden unterliegen in Deutschland der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer) und ggf. der Gewerbeertragsteuer. Besteuert wird der sogenannte Kapitalertrag. Kapitalertrag für den Anteilseigner der Gesellschaft ist der Bruttobetrag der Dividende, also die ihm zufließende Nettodividende zuzüglich der einbehaltenen Kapitalertragsteuer sowie Solidaritätszu-

schlag und der von der Gesellschaft für die Ausschüttung gezahlten Körperschaftsteuer ("Körperschaftsteuerguthaben"). Dem Anteilseigner werden auf die zu zahlende Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer (und Solidaritätszuschlag), die einbehaltene Kapitalertragsteuer (nebst Solidaritätszuschlag) sowie das Körperschaftsteuerguthaben angerechnet. Die Bemessungsgrundlage des Solidaritätszuschlags vermindert sich um das Körperschaftsteuerguthaben.

Dem in Deutschland ansässigen, unbeschränkt steuerpflichtigen Anteilseigner werden 51,5375 % der Bruttodividende netto ausgezahlt (100 % Bruttodividende, abzüglich 30 % Körperschaftsteuerausschüttungsbelastung, abzüglich vom Restbetrag 25 % Kapitalertragsteuer, abzüglich 5,5 % Solidaritätszuschlag von der Kapitalertragsteuer). Bezogen auf die Bruttodividende erhält er als Steuergutschrift: 30 % Körperschaftsteuer, 17,5 % Kapitalertragsteuer sowie 0,9625 % Solidaritätszuschlag. Steuerpflichtig ist die Summe aus Nettodividende (51,5375 %) und Steuergutschrift in Höhe von 48,4625 % also die gesamte Bruttodividende. Wenn der persönliche Grenzsteuersatz des Anteilseigners unter den Steuergutschriften von 48,4625 % liegt, erhält er die zuviel einbehaltenen Steuern zurückerstattet; liegt der persönliche Grenzsteuersatz darüber, entsteht eine weitere Zahllast der unbeschränkt einkommensteuerpflichtigen natürlichen Personen. Das deutsche Anrechnungsverfahren führt für den Anteilseigner, der in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig ist, dazu, daß seine Dividendeneinkünfte mit dem persönlichen Steuersatz besteuert werden. Das Anrechnungsverfahren vermeidet darüber hinaus eine doppelte Besteuerung von Anteilseigner und Kapitalgesellschaft.

4.2.2. Anteilseigner mit Sitz / Wohnsitz außerhalb Deutschlands

Bei einem nicht in Deutschland ansässigen privaten Anteilseigner kann sich im Falle der Anwendbarkeit eines Doppelbesteuerungsabkommens die Kapitalertragsteuer auf Dividendenausschüttungen einer in Deutschland ansässigen Kapitalgesellschaft verringern. Sehen bilaterale Verträge diese Rechtsfolge vor, bedarf es eines Antrages des aufgrund des Doppelbesteuerungsabkommens berechtigten Anteilseigners bei den deutschen Finanzbehörden auf Erstattung desjenigen Betrags, um den der Satz der tatsächlich einbehaltenen Quellensteuer den maximal nach dem betreffenden Doppelbesteuerungsabkommen zulässigen Quellensteuersatz übersteigt.

Bei Dividendenausschüttungen durch in Deutschland ansässige Aktiengesellschaften ab dem 1. Januar 1995 wird auf die Kapitalertragsteuer ein sogenannter Solidaritätszuschlag in Höhe von derzeit 1,375 % der Bardividende (5,5 % von 25 % Kapitalertragsteuer auf 70 % (Bardividende) der Bruttodividende) erhoben. Soweit der Solidaritätszuschlag zusammen mit der Kapitalertragsteuer den in einem Doppelbesteuerungsabkommen vorgesehenen Höchstsatz der deutschen Quellensteuer überschreitet, wird er auf Antrag erstattet.

Für bestimmte im Ausland ansässige Körperschaften / Personenvereinigungen beträgt der deutsche Körperschaftsteuersatz seit dem 1. Januar 1999 40 % zuzüglich Solidaritätszuschlag, wenn sie in Deutschland eine Betriebsstätte unterhalten, zu deren Betriebsvermögen die Aktien gehören (sog. "beschränkte Körperschaftsteuerpflicht"). Ist die von dem Anteilseigner zu entrichtende Körperschaftsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) geringer als die anzurechnende Steuergutschrift, so erhält der Anteilseigner eine Steuererstattung; anderenfalls ist der die Steuergutschrift übersteigende Betrag der Körperschaftsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) zu entrichten. Die Weiterleitung der bezogenen Dividenden durch die deutsche Betriebsstätte an ihre ausländische Hauptniederlassung unterliegt nicht der deutschen Kapitalertragsteuer.

4.3. Besteuerung von Veräußerungsgewinnen

Gewinne aus der Veräußerung von Aktien unterliegen bei unbeschränkt oder beschränkt steuerpflichtigen natürlichen oder juristischen Personen der Einkommensbesteuerung, wenn der Anteilseigner innerhalb der letzten fünf Jahre am Kapital der Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 10 % beteiligt war oder er die Aktien innerhalb von einem Jahr (gilt für Veräußerungen nach dem 31. Dezember 1998) nach dem Erwerb derselben veräußert (Spekulationsgewinne) oder die Aktien zu einem Betriebsvermögen einer deutschen Betriebsstätte gehören.

Im Falle der Anwendbarkeit eines Doppelbesteuerungsabkommens kann die deutsche Steuerpflicht auf Veräußerungsgewinne möglicherweise entfallen. Gewinne aus der Veräußerung von Aktien unterliegen möglicherweise im Sitz- oder Wohnsitzstaat des Anteilseigners der Besteuerung.

4.4. Erbschaft- und Schenkungsteuer

Übertragungen von Aktien durch unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen von Todes wegen oder durch Schenkung unterliegen der Erbschaft- und Schenkungsteuer. Es gibt aber steuerliche Vergünstigungen, insbesondere wenn der Erblasser oder Schenker zu mehr als 25 % an der inländischen Kapitalgesellschaft beteiligt war.

Übertragungen durch einen beschränkt steuerpflichtigen Anteilseigner unterliegen in Deutschland der Erbschaft- und Schenkungsteuer insbesondere dann, wenn:

- die Aktien beim Anteilseigner zum Betriebsvermögen einer in Deutschland unterhaltenen Betriebsstätte gehören, oder
- der Erbe, der Beschenkte oder der Begünstigte in Deutschland steuerlich ansässig ist, oder
- der Anteilseigner allein oder zusammen mit ihm nahestehenden Personen mindestens zu einem Zehntel unmittelbar oder mittelbar am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt ist.

4.5. Sonstige Steuern in Deutschland

Die Veräußerung oder die Übertragung der Aktien unterliegt in Deutschland keiner Börsenumsatzsteuer, Gesellschaftsteuer, Stempelabgabe oder ähnlichen Steuer auf den Erwerb und die Übertragung von Aktien. Für Veranlagungszeiträume ab dem 1. Januar 1997 wird bis auf weiteres keine Vermögensteuer mehr erhoben.

5. Risikohinweise für die Anlageentscheidung

Anleger sollten bei der Entscheidung über einen Kauf von Aktien im Rahmen des Angebots zusätzlich zu den übrigen in diesem Prospekt enthaltenen Informationen die nachfolgenden Sachverhalte und Darstellungen gesondert in Betracht ziehen. Diese können dazu führen, daß in künftigen Berichtsperioden die Ergebnisse hinter den Erwartungen der Analysten und Anleger zurückbleiben, wodurch es zu wesentlichen und nachhaltigen Kursrückgängen der MWB-Aktie kommen kann.

5.1. Allgemeine Branchenrisiken

Das von der MWB als Freimaklerunternehmen betriebene traditionelle Börsenmaklergeschäft ist in besonderem Maße abhängig von der Marktentwicklung an den deutschen und internationalen Wertpapierbörsen. Die naturgemäß starken Schwankungen an den Finanzmärkten beeinflussen nicht nur den künftigen Börsenkurs der MWB, sondern auch das Ergebnis der Gesellschaft. So wie die Gesellschaft von steigenden Börsenkursen und den damit häufig verbundenen hohen Umsätzen profitiert, können umgekehrt fallende Kurse verbunden mit sinkenden Umsätzen erhebliche nachteilige Auswirkungen auf das Ergebnis der Gesellschaft haben. Im Jahr 1998 erzielte die MWB den überwiegenden Teil (ca. 71 %) ihrer Einkünfte aus Kursdifferenzen. Insbesondere im Eigenhandel mit Aktien hängen die in den letzten Jahren deutlich angestiegenen Erträge der Gesellschaft mit der im selben Zeitraum stark angestiegenen Volatilität an den deutschen Wertpapiermärkten zusammen. Hierdurch erhöhte sich für die Börsenteilnehmer die Möglichkeit, Kursgewinne, aber auch Kursverluste aus dem Eigenhandel zu erzielen. Insbesondere wenn Positionen über einen Handelstag hinaus (over-night) gehalten werden, können bei einem Kursrückgang bzw. Kurseinbruch in erheblichem Maße Verluste entstehen. Die Gesellschaft sichert sich, soweit im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit gewünscht, gegen derartige Risiken durch Risikobegrenzungsstrategien ab (siehe Kapitel 7.2. Börsenhandel). Eine vollständige Absicherung gegen derartige Risiken wäre allerdings mit der beabsichtigten Gewinnerzielung nicht vereinbar.

Die Courtageeinkünfte der Gesellschaft hängen in erster Linie von den Umsätzen an den Wertpapiermärkten ab. Im Jahr 1998 erzielte die MWB ca. 29 % ihrer Einkünfte aus der vermittelnden Tätigkeit als Börsenmakler und ist somit stark abhängig von den Handelsumsätzen in den einzelnen von ihr betreuten Werten. Ein Umsatzrückgang wirkt sich negativ auf die Courtageeinkünfte der Gesellschaft aus. Als weiterer Risikofaktor ist in diesem Zusammenhang die Höhe der Courtagesätze zu nennen. Derzeit erhält die MWB die in Deutschland übliche Maklerprovision in Höhe von 0,04 bis 0,08 % vom Kurswert. Sollte sich die Höhe der Courtagesätze zukünftig ändern, könnte dies negative Auswirkungen auf die Ertragslage von MWB haben.

Die Erträge aus Kursdifferenzen stehen in einem engen Zusammenhang mit den Erträgen aus Courtagen. Rückläufige Umsätze vermindern zum einen die Erträge aus Courtagen, zum anderen ist aufgrund geringerer Liquidität auch davon auszugehen, daß sich weniger Chancen zur Erzielung von Kursdifferenzen ergeben werden. Es ist daher davon auszugehen, daß ein Kursrückgang verbunden mit rückläufigen Umsätzen beide Ertragssäulen der Gesellschaft negativ beeinflußt.

Eine Vielzahl von fundamentalen Faktoren kann den Handel in Wertpapieren kurz-, mittel- und/oder langfristig beeinflussen. Hierzu gehören unter anderem der allgemeine Konjunkturverlauf, das vorherrschende Zinsniveau, die Entwicklung der Unternehmensgewinne, Währungseinflüsse, politische Veränderungen im In- und Ausland,

Änderungen des steuerlichen oder sonstigen regulatorischen Umfelds und auch die Liquiditätssituation an den Börsenplätzen. Aufgrund dieser schwer kalkulierbaren Einflüsse variieren die operativen Ergebnisse der Gesellschaft. Dadurch ist eine Vorhersage über die Umsatz- und Ertragsentwicklung für einzelne Monate oder Jahre mit den branchentypischen Unsicherheiten behaftet. Die genannten Einflußfaktoren können einen erheblichen Einfluß auf Umsatz und Ertrag der Gesellschaft haben. Ein Käufer von Aktien der MWB sollte sich daher bewußt sein, daß seine Investition solchen Einflüssen und Entwicklungen ausgesetzt ist.

5.2. Akzeptanz der Anlageform "Aktie"

Die Geschäftstätigkeit der MWB ist auf Aktienmärkte konzentriert. Steuerliche, rechtliche oder nationale bzw. internationale wirtschaftliche Veränderungen können die Akzeptanz der Aktie als Anlageform und damit die Aktienmärkte nachhaltig negativ beeinflussen. Dies könnte zu nachteiligen Auswirkungen auf die Ertragslage von MWB führen.

5.3. Wettbewerb

In ihrem Geschäftsbereich Börsenhandel steht die MWB in Wettbewerb mit zahlreichen anderen Maklerunternehmen (z.B. Baader Wertpapierhandelsbank AG und die Berliner Freiverkehr (Aktien) AG), von denen einige ebenfalls als Skontroführer für verschiedene Wertpapiere an den Wertpapierbörsen in Deutschland zugelassen sind. In diesem traditionellen Geschäftsfeld der MWB ist - unter anderem durch die zunehmende Konzentration auf der Kundenseite - eine starke Intensivierung des Wettbewerbs zu beobachten. Der zunehmende Wettbewerb kann zum einen zum Verlust von - wesentlichen - Kunden der Gesellschaft führen und läßt zum anderen Druck auf die erzielbaren Courtage-Sätze erwarten. Die Gesellschaft glaubt, daß sie den aufgrund des Wettbewerbsdruckes erwarteten Ausleseprozeß bei den Wettbewerbern für einen Ausbau ihrer eigenen Stellung im künftigen europäischen Kapitalmarkt nutzen kann, jedoch ist eine Belastung der Ertrags- und Finanzlage nicht vollständig auszuschließen.

In ihrem Geschäftsbereich Emissionsgeschäft wird sich die MWB in Wettbewerb mit zahlreichen anderen Emissionshäusern begeben, wie zum Beispiel Maklerunternehmen, die ebenfalls in dieses Geschäftstätigkeit drängen und somit die Wettbewerbssituation noch verschärfen. In ihrem Geschäftsfeld Privatkundengeschäft wird die MWB mit allen Finanzdienstleistern, die Privatkunden in Fragen des Wertpapiergeschäftes beraten und betreuen, konkurrieren. Die Gesellschaft geht davon aus, im Wettbewerb aufgrund der Fokussierung auf vermögende, risikobewußte Privatkunden sowie aufgrund ihrer konkurrenzfähigen Preise zu bestehen. Es kann jedoch nicht gewährleistet werden, daß die neuen Geschäftsbereiche in der genannten Wettbewerbssituation mittel- bis langfristig positive Ergebnisbeiträge erwirtschaften.

5.4. Strukturen der Börsen

Strukturveränderungen der Wertpapierbörsen, an denen die MWB tätig ist oder zukünftig tätig sein wird, können das Geschäft maßgeblich beeinflussen. Es läßt sich nicht ausschließen, daß insbesondere Börsenallianzen letztlich dazu führen, daß das Kerngeschäft der MWB negativ tangiert wird. Die Auswirkungen dieser Strukturveränderungen lassen sich derzeit allerdings nicht abschließend beurteilen, da die Börsen mit deren Umsetzung erst begonnen haben.

5.5. Elektronische Handelssysteme / Internet

Das von der Deutschen Börse AG im November 1997 eingeführte vollelektronische Handelssystem XETRA® hat sich als Nachfolgesystem von IBIS neben dem Parkettthandel im Aktienbereich fest etabliert. Ab dem 12. Oktober 1998 traten mit der Einführung der XETRA®-Ausbaustufe Release 3 umfangreiche Neuerungen in Kraft. Privatkunden können erstmals auch kleine Orders, die bisher ausschließlich zum Kassakurs ausgeführt werden konnten, ihrer Bank zur Ausführung in XETRA® aufgeben. Die Deutsche Börse hat angekündigt, daß innerhalb des Jahres 1999 alle an der FWB gehandelten Wertpapiere auch in XETRA® einbezogen werden. Diese direkte Handelsmöglichkeit für Privatanleger kann längerfristig dazu führen, daß eine physische Präsenz auf dem Parkett nicht mehr notwendig ist. Dadurch können Freimakler als Intermediäre überflüssig werden. Die Courtageeinnahmen für Freimakler könnten sich auf diese Weise erheblich reduzieren bzw. sukzessive voll entfallen. Auf der anderen Seite könnten sich nach Ansicht der MWB die jüngsten Überlegungen der Deutsche Börse AG, für bestimmte nicht-liquide Werte die laufende Preisfeststellung durch eine tägliche Auktion zu ersetzen, positiv für die MWB auswirken.

Es läßt sich derzeit nicht abschließend beurteilen, inwieweit zukünftig der Handel aller Wertpapiere über vollelektronische Handelssysteme ohne Einschaltung von Maklern in der herkömmlichen Form abgewickelt wird. Die MWB stellt sich nach eigenen Angaben auf solche Entwicklungen ein. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, daß diese Entwicklungen die Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft erheblich negativ beeinflussen.

Das Internet bietet bisher nur zum Teil eine Alternative zur klassischen Abwicklung einer Order. Einige, insbesondere von Banken angebotene Systeme sind noch in der Erprobungsphase und konnten bislang noch keine bedeutenden Marktanteile gewinnen. Aufgrund der Entwicklung des Internets und seiner universellen Einsatzmöglichkeiten beabsichtigt die MWB, auch auf diesem Gebiet zusätzliche Dienstleistungen anzubieten. Hierzu sind Investitionen in bisher noch unbekannter Höhe notwendig.

5.6. Wachstumsfähigkeit / Aufbau neuer Geschäftsfelder / Notwendigkeit von Investitionen

Die Zunahme des Wettbewerbs zwingt die MWB zu Anpassungen und Veränderungen, wenn sie ihre Stellung im Markt behaupten bzw. ausbauen will. Dieser Anpassungsdruck veranlaßt die MWB zur Stärkung ihres bestehenden Geschäftsfeldes und zur Erschließung neuer Geschäftsfelder. Es ist im beschriebenen Wettbewerbsumfeld für die Gesellschaft entscheidend, daß es gelingt, durch Wachstum in den künftig europäischen Märkten eine starke Stellung zu erlangen.

Hierbei ist es unter anderem von wesentlicher Bedeutung, daß die Gesellschaft weiterhin in- und ausländische Aktien in den Freiverkehr der Wertpapierbörsen in Berlin, Frankfurt und München einführt und als Skontroführer in diesen Wertpapieren wirkt. Sofern dies künftig nicht oder nur teilweise möglich ist, dürfte es zu einer gewissen Stagnation in der Entwicklung der MWB führen.

Es ist davon auszugehen, daß das Engagement von Privatanlegern in Freiverkehrswerten eher kurzfristigen, das heißt spekulativen, Charakter hat. Die geänderte Steuergesetzgebung (Verlängerung der Spekulationsfrist) könnte eine Verringerung der Aktivitäten an der Börse und so auch in Freiverkehrswerten zur Folge haben. Dies könnte zu negativen Auswirkungen auf die Umsatz- und Ertragslage führen.

Bei der Börseneinführung neuer, bereits an anderen Börsen notierter Werte gilt grundsätzlich das Prinzip “first come - first serve” (diejenige Gesellschaft erhält die Zulassung und damit auch die Skontroführung, die den Antrag zuerst gestellt hat). Die MWB ist bemüht, die Anträge bei Vorliegen der erforderlichen Voraussetzungen ohne zeitliche Verzögerungen zu stellen. Allerdings ist es grundsätzlich möglich, daß ein anderes Maklerunternehmen der MWB hierbei zuvorkommt. Da die Gesellschaft nicht an allen deutschen Wertpapierbörsen zugelassen ist, hat sie kein Monopol bei der Skontroführung interessanter Aktienwerte. Zeigt ein von der MWB eingeführter Wert einen hohen Umsatz, wird er in der Regel an anderen deutschen Börsenplätzen, an denen der Wert noch nicht notiert wird, von anderen Maklern eingeführt. Dieser Wettbewerb kann dann dazu führen, daß sich der Umsatz teilweise auf die anderen Börsenplätze bei anderen Maklern verlagert. Dies würde sich nachhaltig negativ auf die Umsatz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken.

Durch die Skontroführung besitzt der Makler die Exklusivität im Handel mit der entsprechenden Aktie an der betreffenden Börse. Die Deutsche Börse hat für umsatzschwache Titel die Institution des Designated Sponsors bei der Einführung des XETRA®-Release 3 geschaffen, der die Aufgabe hat, den Markt mit Liquidität im Sinne eines Market Maker zu versorgen. Konkurrenten der MWB könnten versuchen, die monopolartige Stellung der MWB als Skontroführer für die von MWB betreuten Werte durch die Aufnahme des Mandates als Designated Sponsors zu unterwandern. Der Wegfall der Exklusivität und die durch die Zulassung mehrerer Designated Sponsors für eine Aktie verschärfte Konkurrenz könnten dazu führen, daß die Geld-/ Brief-Spannen und damit die Erträge aus Kursdifferenzen nachhaltig unter Druck geraten.

Die Gesellschaft plant, neben dem Aktienhandel neue Geschäftsfelder (Emissions- und Privatkundengeschäft) zu erschließen und sich in diesen am Markt zu positionieren. Es kann allerdings nicht garantiert werden, daß positive Ergebnisbeiträge auf die getätigten Investitionen erzielt werden. Daneben kann nicht ausgeschlossen werden, daß sich in den neuen Geschäftsbereichen Risiken ergeben, die sich negativ auf die Ertragslage der MWB auswirken können.

Die neuen Geschäftsfelder sind wie die bisherigen vom allgemeinen Börsenklima abhängig. Bei einem wesentlichen Kursrückgang wird auch die Ertragslage der neuen Geschäftsfelder negativ beeinflußt.

Der Erfolg in den neuen Geschäftsfeldern wird in erster Linie davon abhängen, ob die MWB entsprechende Kunden gewinnen kann. Im Emissionsgeschäft bedeutet dies, börsenreife Unternehmen zu finden und sie im Rahmen eines Going Publics an die Börse zu bringen. Im Bereich Privatkundengeschäft kommt es darauf an, im immer stärker werdenden Wettbewerb um vermögende Privatkunden neue Privatkunden an sich zu binden.

Die technische Entwicklung des Börsenhandels insgesamt, der Aufbau neuer Geschäftsfelder sowie veränderte Anforderungen des regulatorischen Umfelds können erhebliche Sach-, Personal- und Finanzinvestitionen der Gesellschaft erfordern, um im Wettbewerb bestehen zu können. Derartige Investitionen können sich negativ auf das Ergebnis der MWB auswirken.

5.7. Risiken aus dem Emissionsgeschäft / Prospekthaftung

Die MWB wird über ihre Tochtergesellschaft, die MWB Gesellschaft für Kapitalmarktkommunikation und Emissionsmanagement mbH, Dienstleistungen im Zusammenhang mit Neuemissionen anbieten. Hierzu gehören unter anderem Emissionsberatung sowie die Erstellung von Verkaufsprospekten, für welche sie gemäß Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz bzw. Börsengesetz die Haftung übernimmt. Sollten zukünftig Ansprüche gegenüber der MWB Gesellschaft für Kapitalmarktkommunikation und Emissionsmanagement mbH aufgrund der Prospekthaftung gestellt werden, könnte dies zu nachteiligen Auswirkungen auf die Ertragslage der Tochtergesellschaft führen.

Bei Neuemissionen junger, innovativer Unternehmen kann es zu nicht erwartungskonformen Entwicklungen kommen. Auch wenn diese Entwicklungen ausschließlich in den Verantwortungsbereich der Emittenten fallen, kann dies erhebliche negative Auswirkungen auf das Image der MWB und ihrer Tochtergesellschaft haben und den Geschäftsbetrieb nachhaltig negativ beeinflussen.

5.8. Risiken aus dem Privatkundengeschäft / Beratungshaftung

Das neue Geschäftsfeld Privatkundengeschäft, das ebenfalls von der Tochtergesellschaft, die MWB Gesellschaft für Kapitalmarktkommunikation und Emissionsmanagement mbH, betrieben werden soll, wird Dienstleistungen im Bereich Vermögensberatung und -verwaltung erbringen. Diese Tätigkeiten unterliegen der Beraterhaftung gemäß Wertpapierhandelsgesetz. In den vergangenen Jahren hat es in Deutschland vermehrt Fälle gegeben, in denen Banken auf Schadenersatz wegen fehlerhafter Beratung verklagt und verurteilt worden sind. Das Risiko, aufgrund der Beraterhaftung in Anspruch genommen zu werden, kann von der Gesellschaft auch bei Einsatz von kompetenten und erfahrenen Mitarbeitern nicht vollständig ausgeschlossen werden. Insbesondere kann ein erheblicher Imageverlust entstehen, der dazu führt, daß die MWB Privatkunden verliert bzw. erhebliche Probleme bei der Neukundengewinnung hat. Gleichzeitig können die Schadenersatzansprüche negative Auswirkungen auf die Ertragslage der Gesellschaft haben.

5.9. Globalisierung der Kapitalmärkte

An den Kapitalmärkten ist ein immer stärker werdender Trend zur Internationalisierung und Globalisierung festzustellen. Dieser Trend verschärft den Wettbewerbsdruck in den Bereichen, in denen MWB tätig ist bzw. wird. Aufgrund ihrer derzeitigen Position geht die Gesellschaft davon aus, daß sie sich zu einem starken Partner für ihre Kunden weiterentwickeln wird und im weiteren Wettbewerb im europäischen Raum behaupten kann. Es ist jedoch nicht gewährleistet, daß die Gesellschaft aus eigener Kraft die Größe erreichen kann und somit langfristig allein bestehen wird.

Der Kauf von ausländischen Wertpapieren an einer ausländischen Börse führt bei kleinen Stückzahlen zu relativ hohen Stückkosten für Abwicklung und Verwahrung. Bei einem Kauf desselben Wertpapiers in Deutschland im Freiverkehr fallen Kosten in dieser Größenordnung nicht an. Es ist allerdings nicht auszuschließen, daß im Zuge der Europäischen Integration bzw. im Rahmen vollelektronischer Handelssysteme künftig der direkte Zugriff an den jeweiligen Heimatbörsen wirtschaftlich interessant wird. Das könnte dazu führen, daß der Umsatz im Freiverkehr in Deutschland und somit auch in den Werten, in den MWB das Skontro führt, abnimmt, was sich für MWB negativ auf den Ertrag auswirken kann.

5.10. Veränderung in der Kundenstruktur

Das Maklergeschäft ist in erheblichem Maße durch persönliche Kontakte geprägt. MWB arbeitet im Bereich der Orderausführung mit einer Vielzahl von kleineren und mittleren, zum Teil nur regional tätigen Kreditinstituten, aber auch größeren deutschen sowie einigen namhaften europäischen Bankhäusern als Kunden zusammen. Im Bereich der Skontroführung und des Market Making sind alle Kreditinstitute in Deutschland Kunden der MWB. Die Zusammenarbeit zwischen der beauftragenden Bank und dem Makler findet üblicherweise nicht auf der Grundlage von langfristigen Verträgen statt, so daß die Bank ihre Geschäftsbeziehung zum Makler ohne Beachtung von Kündigungsvoraussetzungen grundsätzlich jederzeit auflösen, reduzieren oder auch erweitern kann. Für die weitere Entwicklung der Gesellschaft kommt es wesentlich darauf an, daß es gelingt, diese Kunden auch in Zukunft an die Gesellschaft zu binden und neue Kunden hinzuzugewinnen. Bereits der Wegfall einzelner wichtiger Handelsteilnehmer kann zu nicht unerheblichen Umsatzrückgängen und Ergebniseinbußen führen. Es ist ferner nicht auszuschließen, daß bei einzelnen oder mehreren Kontrahenten im Handel Liquiditätsprobleme auftreten. Daneben könnte der zunehmende Konzentrationsprozeß bei den Kredit- und Finanzinstituten dazu führen, daß wichtige Kunden der MWB wegfallen.

5.11. Schlüsselrolle bestimmter Mitarbeiter

Der Erfolg der MWB im Geschäft mit ihren Kunden hängt entscheidend von der Qualität und der Motivation ihrer Mitarbeiter ab. Eine langandauernde Arbeitsunfähigkeit der Vorstandsmitglieder oder einzelner Händler bzw. ein Abgang von Mitarbeitern könnte die Ertragslage erheblich negativ beeinflussen. Der Abgang einzelner Mitarbeiter könnte zu einem Abbruch von Kundenbeziehungen führen. Das Personalproblem wird dadurch verschärft, daß der Wettbewerb um hochqualifiziertes Personal intensiv ist und der Ersatz eines für die Gesellschaft wichtigen Händlers und dessen Ausbildung einige Zeit, gegebenenfalls Monate, dauern kann. Es kann nicht gewähr-

leistet werden, daß die MWB in der Lage sein wird, dieses Personal zu finden und zu binden.

Die genannten Risiken betreffen insbesondere die Mitglieder des Vorstandes. Alle Vorstandsmitglieder sind Großaktionäre der MWB und damit stark am wirtschaftlichen Erfolg der Gesellschaft interessiert.

5.12. Risikokontrollen

Ein weiteres Risiko besteht in möglichen Kompetenzüberschreitungen einzelner Mitarbeiter oder in der versehentlichen Falschausführung von Handelsaufträgen. Trotz größter Sorgfalt aller Mitarbeiter und entsprechender Kontroll- und Risikobegrenzungsmaßnahmen durch die Gesellschaft sind derartige Fehler oder Kompetenzüberschreitungen nicht vollkommen auszuschließen. Da eine Überwachung jedes einzelnen Händlers während des Handels nahezu unmöglich ist, können Kompetenzüberschreitungen oder Falschausführungen erst mit einer Zeitverzögerung erkannt werden. Bis zum Erkennen der Überschreitungen oder der Falschausführung kann jedoch schon ein Schaden für die Gesellschaft eingetreten sein. In außergewöhnlichen Fällen kann es zu Schadensummen kommen, die sich nachteilig auf das Ergebnis der Gesellschaft auswirken. Entsprechendes gilt für Verstöße der Mitarbeiter gegen Gesetze, Verordnungen oder Börsenbestimmungen, wie zum Beispiel Insiderregeln.

Für einen ordnungsgemäßen und sicheren Geschäftsbetrieb sowie zur Aufrechterhaltung der Geschäftserlaubnis durch das BAKred ist ein kompetentes und kostenintensives Controlling der Markt- und Betriebsrisiken notwendig. Die Gesellschaft arbeitet daher seit Jahresbeginn mit der XMAS Wertpapierdienstleistungen GmbH zusammen, die das Nachkommen der Verpflichtungen aus der 6. KWG-Novelle sicherstellt.

Zudem können sich gegebenenfalls weiter erforderliche Investitionen in Risikocontrollingsysteme negativ auf die Ertragslage der Gesellschaft auswirken. Eine etwaige Fehlerhaftigkeit der Risikomeßsysteme kann ebenfalls zu erheblichen Verlusten führen.

5.13. Beteiligung an der KST Wertpapierhandelsaktiengesellschaft

Die MWB verpflichtete sich am 23. Dezember 1998 unwiderruflich eine Beteiligung an der KST Wertpapierhandelsaktiengesellschaft (nachfolgend auch KST) in Höhe von 6 % (Stück 27.000) des Grundkapitals der KST vom Bankhaus Ellwanger & Geiger zu erwerben. Die Kaufabwicklung erfolgte mit Valuta 19. März 1999. Zwischenzeitlich erwarb die MWB weitere 0,7 % (Stück 3.000) der KST. Die MWB wird darüber hinaus weitere Stück 15.000 (3,3 %) Inhaber-Stammaktien im Nominalwert von je DM 5,-- der KST bis spätestens 7. Mai 1999 erwerben. Des weiteren hat sich die MWB ein Vorkaufsrecht der jeweiligen Bestände der Altaktionäre der KST einräumen lassen.

Die KST ist ein Wertpapierhandelsunternehmen, dessen Schwerpunkt im Handel mit inländischen Aktien, vor allem Werten des Neuen Marktes®, im Freiverkehr des Börsenplatzes Stuttgart liegt. Mit dieser Beteiligung eröffnen sich für MWB neue Geschäftsansätze in einem bisher noch nicht besetzten Handelssegment. Aufgrund der Höhe der Beteiligung kann jedoch kein wesentlicher Einfluß auf die Geschäftstätigkeit der KST ausgeübt werden. Der Kaufpreis orientierte sich am Börsenkurs und wurde im Kaufvertrag vom 23. Dezember 1998 festgelegt. Es kann jedoch nicht gewährlei-

stet werden, daß die erwarteten Erträge letztendlich aus dieser Beteiligung erzielt werden.

KST hat in den vergangenen Jahren positive Ergebnisse erzielt. Eine Fortsetzung dieser Entwicklung kann nicht garantiert werden. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Geschäftstätigkeit der KST den gleichen oder ähnlichen Risikofaktoren wie die der MWB unterliegt, so daß bei Eintritt eines Risikofaktors nicht nur das ordentliche Ergebnis der MWB, sondern auch das Beteiligungsergebnis negativ beeinflußt wird.

Schließlich ist zu berücksichtigen, daß negative zukünftige Entwicklungen der KST oder sonstige nachteilige Nachrichten über die KST indirekt Auswirkungen auf die MWB bzw. den Kurs der angebotenen Aktien haben.

5.14. Erlaubnispflichtige Tätigkeit / Änderungen des regulatorischen Umfelds

Als Finanzdienstleistungsinstitut gemäß § 1 Abs. 1 a KWG benötigt die MWB für die von ihr betriebene Vermittlung von Wertpapiergeschäften eine Erlaubnis des BAKred nach § 32 KWG. Da die MWB ihre Geschäfte bereits vor dem 1. Januar 1998 betrieben hat, arbeitete sie zeitweise unter einer Übergangsvorschrift. Die Gesellschaft hat gegenüber dem BAKred angezeigt, daß sie die erlaubnispflichtigen Tätigkeiten ausübt und beabsichtigt, diese weiterzuführen. Die Erlaubnis gilt mit Schreiben des BAKred vom 19. Oktober 1998 als vorläufig erteilt. Die Gesellschaft hat am 15. Januar 1999 die geforderte Ergänzungsanzeige gemäß § 64 e Abs. 2 KWG, die den Anforderungen des § 32 KWG entspricht, fristgemäß beim BAKred eingereicht. Die Gesellschaft hat dieser Regelung zufolge unter anderem nachzuweisen, daß die Geschäftsleiter über die erforderliche Zuverlässigkeit und fachliche Eignung verfügen und daß die Gesellschaft bereit und in der Lage ist, die erforderlichen organisatorischen Vorkehrungen zum ordnungsmäßigen Betreiben der Geschäfte zu schaffen. Die Erteilung und der Umfang der Erlaubnis wird seitens des BAKred anhand dieser Anzeige noch einmal überprüft. Dies entspricht der üblichen Vorgehensweise des BAKred. Sollte es wider Erwarten nicht zu einer Bestätigung der Erlaubnis kommen, fällt der wesentliche Gegenstand der Gesellschaft weg, was erheblichen negativen Einfluß auf die Umsatz- und Ertragslage der MWB hätte. Im Extremfall könnten derartige Umstände zur vollständigen Untersagung des Geschäftsbetriebes führen.

Für die Tochtergesellschaft ist die Aufnahme der Tätigkeit einer Wertpapierhandelsbank im Sinne des § 1 Abs. 3d Satz 3 KWG mit einer Teilbank-Lizenz geplant. Der Antrag wurde am 7. Dezember 1998 gestellt. Sollte wider Erwarten keine Erlaubnis erteilt werden, fällt der wesentliche Gegenstand der Tochtergesellschaft weg und den bis dahin aufgelaufenen Kosten stehen keine Erträge gegenüber.

Die Gesellschaft wird auch künftig bei einer Erweiterung der Geschäftstätigkeiten alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, die für eine Erlaubniserteilung notwendig sind. Es besteht allerdings keine Gewähr dafür, daß alle Genehmigungen rechtzeitig oder im beantragten Umfang erteilt werden. Falls die jeweilige Erlaubnis nicht oder verspätet erteilt wird, könnte dies einen erheblichen Einfluß auf die Umsatz-, Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft haben.

Der Börsenhandel in Deutschland ist durch eine Vielzahl gesetzlicher Vorschriften geregelt, deren Einhaltung von verschiedenen Aufsichtsinstanzen kontrolliert wird. Aufgrund der dynamischen Entwicklung in den Märkten, in denen sich die MWB bereits bzw. zukünftig betätigt, ist das regulatorische Umfeld ständigen Änderungen und Weiterentwicklungen unterworfen. Solche Änderungen können zu erheblichen Sach-,

Personal- und Finanzinvestitionen und damit zur Behinderung oder Verteuerung der Geschäftstätigkeit führen.

Trotz laufender Kontrolle der handelnden Personen durch Vorstand, Aufsichtsrat und Compliance-Beauftragten könnte es vorkommen, daß die Gesellschaft gegen Regularien oder gesetzliche Bestimmungen verstößt oder die erforderliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verliert. Dies hätte Sanktionen bis hin zum Entzug der Geschäftserlaubnis nach KWG und / oder der Börsenzulassung an einem oder allen Börsenplätzen zur Folge, was wiederum zu erheblichen negativen Ertragsauswirkungen führen kann.

5.15. EDV / Telekommunikationseinrichtungen

Die Gesellschaft setzt derzeit eine Vielzahl von EDV-Programmen für den Handel, die Abwicklung und sonstige Korrespondenz ein. Funktionsbeeinträchtigungen der EDV-Hard- und Software oder der Telekommunikationseinrichtungen bei der Gesellschaft oder auch bei Dritten, zum Beispiel den Wertpapierbörsen, können zu einer Beeinträchtigung der Geschäftstätigkeit der MWB führen. Ein vollständiger Ausfall oder länger dauernde Beeinträchtigungen der EDV oder der Telekommunikationseinrichtungen können einen negativen Einfluß auf die Auftragslage und das Ergebnis der Gesellschaft haben. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der Jahr-2000-Problematik. Infolge der fehlenden oder eingeschränkten Fähigkeit vor allem älterer Software, das Jahr 2000 und Folgejahre korrekt darzustellen und zu verarbeiten, kann es zu Fehlfunktionen oder Systemausfällen bei der MWB oder auch bei Dritten kommen. Derartige Risiken können trotz der von der Gesellschaft eingesetzten neuen Software und der von ihr betriebenen sorgfältigen Kontrolle und Überwachung sowie der Vorhaltung von Ersatzkapazitäten nicht vollständig ausgeschlossen werden.

Für die jederzeitige Verfügbarkeit und die Weiterentwicklung werden externe Dienstleister in Anspruch genommen. Insofern ist die Geschäftstätigkeit der MWB abhängig von der ordnungs- und fristgemäßen Durchführung der Arbeiten durch die EDV-Dienstleister. Bei einem erhöhten Änderungsbedarf, der eine Vielzahl von Kreditinstituten betrifft, kann es zu einem Mangel an qualifizierten EDV-Dienstleistern und damit zu Verzögerungen bei den Änderungen bzw. einem erheblichen Preisanstieg kommen. Dies kann insgesamt zu Einschränkungen der Geschäftstätigkeit der MWB führen, die sich negativ auf die Ertrags- und Finanzlage auswirken können.

5.16. Ertragsteuerliche Prüfung / Betriebsprüfung

Die letzte steuerliche Außenprüfung für die Körperschaft- und Gewerbeertragsteuer wurde von Juli bis September 1997 für die Veranlagungszeiträume 1993 bis 1995 durchgeführt. Diese Betriebsprüfung hat eine Steuernachzahlung ergeben, die in 1998 erfolgt ist.

Steuerliche Risiken für die nachfolgenden Veranlagungszeiträume könnten sich aus zukünftigen ertragsteuerlichen Betriebsprüfungen und Lohnsteuer-Außenprüfungen ergeben.

5.17. Volatilität des Marktpreises

Der Kaufpreis der Aktien wird von der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft in Abstimmung mit der Gesellschaft auf der Basis des im Bookbuilding-Verfahren erstellten Orderbuches festgelegt. Es kann keine Gewähr dafür übernommen werden, daß der Kaufpreis der Aktie dem Preis entspricht, zu dem die Aktien im Anschluß an das Angebot gehandelt werden, oder daß sich ein aktiver Börsenhandel in den Aktien der Gesellschaft entwickelt und fortsetzt.

Aufgrund der Tatsache, daß es sich bei der Gesellschaft um einen kleineren Wert mit einem begrenzten Free Float handelt, sind erhebliche Preisschwankungen bei den Aktien ungeachtet der Betriebsergebnisse oder der Finanzlage der Gesellschaft nicht auszuschließen. Insbesondere auch aufgrund des voraussichtlich engen Marktes kann keine Gewähr dafür übernommen werden, daß sich ein nennenswerter aktiver Handel in den Aktien ergibt, bzw. daß der festgestellte Kurs dem anteiligen Unternehmenswert entspricht.

5.18. Jahr 2000

Durch den Jahreswechsel 1999/2000 können sich mit dem Beginn des Jahres 2000 über das übliche Maß hinaus Risiken aus der Programmierung von elektronischen Datenverarbeitungen ergeben. Dieses betrifft auch die elektronische Datenverarbeitung der MWB und der Tochtergesellschaft sowie deren Zulieferer und Erbringer von Dienstleistungen. Die Gesellschaft hat nach eigener Auffassung entsprechende Maßnahmen ergriffen, um Störungen des Geschäftsbetriebes aus der Fehlfunktion der Datenverarbeitungen mit Beginn des Jahres 2000 zu vermeiden. Es kann jedoch keine Gewähr dafür gegeben werden, daß es nicht trotzdem zu Betriebsstörungen kommt, die negative Auswirkungen auf die Finanz- und Ertragslage und damit auf das Ergebnis der Gesellschaft haben könnten.

5.19. Verläßlichkeit von Meinungen und Prognosen

Die im vorliegenden Prospekt wiedergegebenen Meinungen und Prognosen sind ausschließlich Meinungen und Prognosen der MWB Wertpapierhandelshaus AG. Meinungen und Prognosen sind Aussagen, welche die Ausdrücke “erwartet”, “glaubt”, “schätzt”, “ist der Ansicht” und ähnliche Formulierungen verwenden. Sie geben die gegenwärtige Auffassung der MWB im Hinblick auf zukünftige mögliche Ereignisse wieder. Die in diesem Prospekt enthaltenen Prognosen und Meinungen basieren ausschließlich auf den vorliegenden Informationen sowie auf einer Reihe von Annahmen des Managements der MWB, die sich als zutreffend oder nicht zutreffend herausstellen können. Eine Vielzahl von Faktoren kann dazu führen, daß die tatsächlich eintretenden Ereignisse, einschließlich der tatsächlichen Finanz- und Ertragslage der MWB, wesentlich von der prognostizierten Lage abweichen.

6. Allgemeine Angaben über die Gesellschaft

6.1. Gründung und Entwicklung

Die MWB Wertpapierhandels- und Börsenmaklergesellschaft mbH wurde mit Vertrag vom 24. März 1993 von den derzeitigen Vorstandsmitgliedern gegründet und ist seit dem 18. Juni 1993 beim Handelsregister des Amtsgerichts München unter der Nummer HR B 102780 eingetragen. Die Gründungskosten einschließlich Kosten des Notars für die Beurkundung des Gesellschaftsvertrages und des Gerichts für die Eintragung der Gesellschaft gingen zu Lasten der Gesellschaft. Der Gründungsaufwand betrug DM 4.000,--.

Mit Umwandlungsvertrag vom 9. Oktober 1998 wurde die Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die Eintragung der Umwandlung in das Handelsregister erfolgte am 8. Dezember 1998.

Satzungsgemäß trug die Gesellschaft den für den Formwechsel in die Rechtsform der Aktiengesellschaft und für die Gründung entstehenden Aufwand, insbesondere für die Kosten der Urkunde über den Umwandlungsbeschluß, den Vollzug der Urkunde, Kosten des Gründungsberichtes, der Gründungsprüfung und der Handelsregisteranmeldung, bis zu der geschätzten Höhe von DM 45.110,--. Die darüber hinaus gehenden Kosten wurden von den Gesellschaftern im Verhältnis ihrer Beteiligung übernommen.

Besondere Vorteile im Sinne des § 197 UmwG i. V. mit §§ 26 und 33 AktG sind weder den Gründern noch den Mitgliedern des Aufsichtsrates eingeräumt worden.

6.2. Firma, Sitz, Geschäftsjahr und Dauer der Gesellschaft

Seit dem 8. Dezember 1998 firmiert die Gesellschaft als “MWB Wertpapierhandelshaus AG”.

Der Sitz der Gesellschaft ist Gräfelfing.

Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Die Dauer der Gesellschaft ist nicht auf eine bestimmte Zeit beschränkt.

6.3. Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft ist die gewerbsmäßige Anschaffung und Veräußerung von Wertpapieren für eigene oder fremde Rechnung, im eigenen oder fremden Namen sowie die Vermittlung von Verträgen über die Anschaffung und Veräußerung von Wertpapieren.

Gleichzeitig ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu errichten, zu erwerben oder an anderen Orten Zweigniederlassungen zu gründen oder sich an solchen Unternehmen unmittelbar oder mittelbar zu beteiligen oder deren Vertretung zu übernehmen. Weiterhin ist die Gesellschaft befugt, sich im Wege der Umwandlung an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen unmittelbar oder mittelbar zu beteiligen.

6.4. Kapitalverhältnisse

Die MWB Wertpapierhandels- und Börsenmaklergesellschaft mbH wurde 1993 mit einem Stammkapital von DM 100.000,-- gegründet.

Mit Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 14. August 1998 wurde das Stammkapital durch Umwandlung von anderen Gewinnrücklagen von DM 100.000,-- um DM 4.300.000,-- auf DM 4.400.000,-- erhöht. Diese Kapitalerhöhung wurde am 1. September 1998 in das Handelsregister eingetragen.

Mit Beschluß vom 9. Oktober 1998 wurde das Stammkapital durch Bareinlage von DM 4.400.000,-- um DM 1.600.000,-- auf DM 6.000.000,-- erhöht.

Die Gesellschafter haben auf ihrer Gesellschafterversammlung vom 9. Oktober 1998 unter anderem beschlossen, den Vorstand der Gesellschaft zu ermächtigen, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital bis zum 8. Dezember 2003 durch Ausgabe neuer Stammaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrfach, insgesamt um höchstens DM 3.000.000,-- zu erhöhen (genehmigtes Kapital).

Der Vorstand der Gesellschaft hat am 16. Februar 1999 mit Zustimmung des Aufsichtsrates am gleichen Tag beschlossen, das genehmigte Kapital durch Ausgabe von DM 304.500,-- neuen Inhaber-Stammaktien gegen Bareinlage teilweise auszunutzen und diese den Mitarbeitern und Aufsichtsratsmitgliedern im Rahmen eines Beteiligungsprogrammes anzubieten. Damit erhöht sich das Grundkapital der Gesellschaft von DM 6.000.000,-- um DM 304.500,-- auf DM 6.304.500,-- durch Ausgabe von Stück 60.900 neuen Inhaber-Stammaktien im Nennbetrag von DM 5,-- je Aktie. Diese Kapitalerhöhung 1999 I wurde am 10. März 1999 in das Handelsregister des Amtsgerichts München eingetragen.

Der Vorstand der Gesellschaft hat am 12. März 1999 mit Zustimmung des Aufsichtsrates am 12. März 1999 beschlossen, das genehmigte Kapital durch Ausgabe von DM 2.000.000,-- neuen Inhaber-Stammaktien gegen Bareinlage teilweise auszunutzen. Damit erhöht sich das Grundkapital der Gesellschaft von DM 6.304.500,-- um DM 2.000.000,-- auf DM 8.304.500,-- durch Ausgabe von Stück 400.000 neuen Inhaber-Stammaktien im Nennbetrag von DM 5,-- je Aktie. Diese Kapitalerhöhung 1999 II wurde am 22. März 1999 in das Handelsregister des Amtsgerichts München eingetragen.

Die neuen Aktien sind für das Geschäftsjahr 1999 voll dividendenberechtigt. Die neuen Aktien wurden von dem unter der Führung der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft stehenden Bankenkonsortium zum Ausgabepreis von DM 5,-- je Stammaktie mit der Verpflichtung gezeichnet und übernommen, sie zusammen mit weiteren bis zu DM 650.000,-- Stammaktien aus dem Altaktionärsbesitz breit gestreut bei interessierten Anlegern zu plazieren. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ausgabepreis und dem Emissionspreis (Agio) für die neuen Inhaber-Stammaktien wird nach Abschluß der Plazierung an die Gesellschaft abgeführt.

Somit besteht auf Basis des Gesellschafterbeschlusses vom 9. Oktober 1998 ein restliches genehmigtes Kapital von DM 695.500,--.

Die ordentliche Hauptversammlung vom 12. März 1999 hat unter anderem ein neues zusätzliches genehmigtes Kapital beschlossen. Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Frist von fünf Jahren nach Eintragung des Beschlusses in das Handelsregister, die am 30. März 1999 erfolgte, mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch Ausgabe neuer Aktien gegen Sach- oder Bareinlage einmalig oder mehrmals um weitere DM 3.400.000,-- zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Der Vorstand kann mit Zustimmung des Aufsichtsrates hierfür das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre gemäß den gesetzlichen Bestimmungen ausschließen. Dies gilt insbesondere, sofern die Kapitalerhöhung aus genehmigten Kapital zum Zwecke der Ausgabe neuer Aktien über die Börse oder zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen oder Beteiligungen an anderen Unternehmen erfolgt.

Somit besteht insgesamt ein genehmigtes Kapital von DM 4.095.500,--.

Außerdem wurde auf der ordentlichen Hauptversammlung vom 12. März 1999 auch eine Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien beschlossen. Die Gesellschaft wurde ermächtigt, Aktien der Gesellschaft zu erwerben, um

- sie Dritten im Rahmen des Zusammenschlusses mit Unternehmen oder im Rahmen des Erwerbes von Unternehmen oder Beteiligungen daran anbieten zu können;
- sie einzuziehen oder
- sie zum Zwecke des Wertpapierhandels zu verwenden.

Die Ermächtigung ist auf den Erwerb von eigenen Aktien mit einem Anteil am Grundkapital von insgesamt bis zu 10 % beschränkt. Die Ermächtigung zum Erwerb für Zwecke des Wertpapierhandels und zur Einziehung ist auf 18 Monate und auf 5 % des Grundkapitals beschränkt. Der Erwerb erfolgt über die Börse. Der von der Gesellschaft gezahlte Gegenwert je Aktien darf den Mittelwert der Schlußkurse für die Stammaktien der Gesellschaft an der Bayerischen Wertpapierbörse an den jeweils fünf vorangegangenen Börsentagen um nicht mehr als 10 % über- bzw. unterschreiten. Der Vorstand wurde weiterhin ermächtigt, die eigenen Aktien mit Zustimmung des Aufsichtsrates ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluß einzuziehen.

Das Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von DM 8.304.500,-- ist eingeteilt in Stück 1.660.900 Inhaber-Stammaktien im Nennwert von DM 5,-- je Aktie. Die Aktien sind in Globalurkunden über insgesamt DM 8.304.500,-- verbrieft. Die Einzelverbriefung ist satzungsgemäß ausgeschlossen.

Übersicht der Aktionäre:

Aktionäre	Anteil am Grundkapital in DM, der vor der Kapitalerhöhung II vom März 1999 und dem Angebot gehalten wurde	Anteil in %	Anteil am Grundkapital in DM nach Durchführung der Kapitalerhöhung II und Aktienplazierung (ohne Greenshoe, mit voller Plazierung an Freunde und Geschäftspartner)	Anteil in %
Christine Niederreuther-Rohrhirsch	790.000,--	**12,53**	790.000,--	**9,51**
Lutz Fröba	790.000,--	**12,53**	790.000,--	**9,51**
Thomas Mühlbauer	790.000,--	**12,53**	790.000,--	**9,51**
Thomas Posovatz	790.000,--	**12,53**	790.000,--	**9,51**
FMNP Beteiligungs GmbH	2.840.000,--	**45,05**	2.190.000,--	**26,38**
Belegschaftsaktionäre	252.250,--	**4,00**	252.250,--	**3,04**
Aufsichtsratsmitglieder	52.250,--	**0,83**	52.250,--	**0,63**
Streubesitz	0		2.650.000,--	**31,91**
Summe	**6.304.500,--**	**100,0**	**8.304.500,--**	**100,0**

6.5. Organe der Gesellschaft

6.5.1. Vorstand

Der Vorstand der Gesellschaft besteht satzungsgemäß aus einer oder mehreren Personen. Ist nur ein Vorstandsmitglied bestellt, so vertritt es die Gesellschaft allein. Sind mehrere Vorstandsmitglieder bestellt, so wird die Gesellschaft von je zwei Vorstandsmitgliedern gemeinsam vertreten. Satzungsgemäß kann den Vorstandsmitgliedern durch Beschluß des Aufsichtsrates Einzelvertretungsbefugnis erteilt werden und können diese von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden, soweit dem nicht die zwingende gesetzliche Regelung des § 112 AktG entgegensteht.

Alle derzeitigen Vorstandsmitglieder sind mit Beschluß des Aufsichtsrates vom 16. Februar 1999 von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit, soweit dem nicht die zwingende gesetzliche Regelung des § 112 AktG entgegensteht. Eine Einzelvertretungsbefugnis ist derzeit nicht erteilt.

Der Vorstand führt die Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung und - soweit von der satzungsgemäß eröffneten Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde - der Geschäftsordnung.

Dem Vorstand gehören gegenwärtig folgende Personen an:

- Christine Niederreuther-Rohrhirsch, München;
- Lutz Fröba, Germering;
- Thomas Mühlbauer, München;
- Thomas Posovatz, München.

Die für 1998 gewährten Gesamtbezüge des Vorstands betrugen DM 1.746.808,--. Den Vorstandsmitgliedern wurden keine Darlehen gewährt.

6.5.2. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht satzungsgemäß aus drei Mitgliedern, soweit nicht gesetzlich anderes geregelt ist. Die Aufsichtsratsmitglieder werden durch die Hauptversammlung gewählt. Die Wahl erfolgt längstens für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit des Aufsichtsratsmitgliedes beschließt. Hierbei wird das Geschäftsjahr, in das der Beginn der Amtszeit fällt, nicht mitgerechnet.

Gleichzeitig mit den ordentlichen Aufsichtsratsmitgliedern kann für jedes Aufsichtsratsmitglied jeweils ein Ersatzmitglied gewählt werden. Das Ersatzmitglied tritt für den Fall des Ausscheidens dieses Aufsichtsratsmitgliedes für die Dauer der restlichen Amtszeit an dessen Stelle.

Dem Aufsichtsrat obliegt die Bestellung und die Abberufung der Vorstandsmitglieder. Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstandes der Gesellschaft zu überwachen. Er vertritt die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich gegenüber dem Vorstand. Der Aufsichtsrat kann sich selbst eine Geschäftsordnung geben.

Dem Aufsichtsrat gehören seit dem 9. Oktober 1998 an:

- Paul Berwein, München, Vorsitzender
  (Börsenmakler)
- Peter Hausmann, München, stellv. Vorsitzender
  (Staatssekretär a.D., Consultant);
- Dr. Ulrich Wastl, München,
  (Rechtsanwalt);

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten neben dem Ersatz ihrer Auslagen eine Vergütung, deren Höhe die Hauptversammlung beschließt. Die Mitglieder haben Anspruch auf Ersatz der auf die Aufsichtsratsvergütung entfallenden Umsatzsteuer.

Für das Geschäftsjahr 1998 wird für den Zeitraum ab der Umwandlung der Gesellschaft bis zum Geschäftsjahresende eine Vergütung in Höhe von DM 35.000 an den Aufsichtsrat gezahlt. Für das Geschäftsjahr 1999 ist eine Vergütung in Höhe von DM 140.000,-- geplant. Den Aufsichtsratsmitgliedern wurden keine Darlehen gewährt.

6.5.3. Hauptversammlung

Die Hauptversammlungen der Gesellschaft finden jeweils am Sitz der Gesellschaft oder am Sitz einer deutschen Wertpapierbörse statt.

Die Hauptversammlung wird vom Vorstand oder vom Aufsichtsrat einberufen.

Jede Stammaktie im Nennbetrag von DM 5,-- gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme.

6.5.4. Kurzlebenslauf der wesentlichen Unternehmensträger

Christine Niederreuther-Rohrhirsch, 1948 in München geboren, arbeitete von 1967 bis 1969 nach der mittleren Reife in der Börsenabteilung bei Dresdner Bank AG. Von 1969 bis 1992 war sie bei der Paul Berwein Börsenmakler GmbH, später Berwein AG, in verschiedenen Bereichen des Wertpapierhandels beschäftigt. Sie war dabei die erste Frau unter Deutschlands preisfeststellenden Maklern. Seit 1988 hatte sie Einzelprokura für die Berwein AG. Nach Übernahme der Berwein AG durch die S.G. Warburg & Co. Holding GmbH war sie neben Ihrer Tätigkeit als Händlerin Leiterin der Personalabteilung der gesamten S.G. Warburg-Operations Deutschland. 1993 gründete sie zusammen mit den anderen heutigen Vorstandsmitgliedern der MWB die MWB Wertpapierhandels- und Börsenmaklergesellschaft mbH und ist seitdem geschäftsführender Gesellschafter bzw. nach Formwechsel Mitglied des Vorstandes.

Lutz Fröba, 1945 in Werneuchen bei Berlin geboren, absolvierte von 1962 bis 1964 nach der mittleren Reife die Bankkaufmannslehre bei der Bayerischen Gemeindebank (heute Bayerische Landesbank). Im Anschluß an die Ausbildung war er in verschiedenen Gruppenleiterfunktionen in der Effektenverwaltung der Bayerischen Gemeindebank tätig. Von 1969 bis 1975 arbeitete er im Aktienhandel der Bayerischen Vereinsbank. Von 1975 bis 1977 war er Fondsmanager bei der Bayerischen Kapitalanlagegesellschaft. Danach betreute er wiederum bei der Bayerischen Vereinsbank in- und ausländische institutionelle Kunden. Von 1981 bis 1985 war er Leiter des Aktienhandels und stellvertretender Leiter der Börsenabteilung der Bayerischen Vereinsbank in Düsseldorf, im Anschluß daran Senior-Fondsmanager wiederum bei der Bayerischen Kapitalanlagegesellschaft. Von 1986 bis 1993 arbeitete er bei der Paul Berwein Börsenmakler GmbH, später Berwein AG, als Leiter des Wertpapierhandels. Nach Übernahme der Berwein AG durch die S.G. Warburg & Co. Holding GmbH behielt er diese Funktion inne. 1993 gründete er zusammen mit den anderen heutigen Vorstandsmitgliedern der MWB die MWB Wertpapierhandels- und Börsenmaklergesellschaft mbH und ist seitdem geschäftsführender Gesellschafter bzw. nach Formwechsel Mitglied des Vorstandes.

Thomas Mühlbauer, 1964 in München geboren, absolvierte von 1979 bis 1981 nach der mittleren Reife die Bankkaufmannslehre bei der Commerzbank AG in München. Im Anschluß an die Ausbildung war er als Wertpapierhändler bei der Commerzbank AG tätig. Von 1988 bis 1993 war er bei der Paul Berwein Börsenmakler GmbH, später Berwein AG, in verschiedenen Bereichen des Wertpapierhandels beschäftigt. 1993 gründete er zusammen mit den anderen heutigen Vorstandsmitgliedern der MWB die MWB Wertpapierhandels- und Börsenmaklergesellschaft mbH und ist seitdem geschäftsführender Gesellschafter bzw. nach Formwechsel Mitglied des Vorstandes.

Thomas Posovatz, 1960 in München geboren, studierte von 1979 bis 1986 nach dem Abitur an der LMU München Betriebswirtschaft und schloß das Studium als Di-

plom-Kaufmann ab. Von 1986 bis 1992 war er bei der Paul Berwein Börsenmakler GmbH, später Berwein AG, in verschiedenen Bereichen des Wertpapierhandels beschäftigt. Nach Übernahme der Berwein AG durch die S.G. Warburg & Co. Holding GmbH wurde er Leiter der Organisation der Unternehmen der deutschen S.G. Warburg Gruppe. 1993 gründete er zusammen mit den anderen heutigen Vorstandsmitgliedern der MWB die MWB Wertpapierhandels- und Börsenmaklergesellschaft mbH und ist seitdem geschäftsführender Gesellschafter bzw. nach Formwechsel Mitglied des Vorstandes.

6.5.5. Laufzeit der Vorstandsverträge

Die Verträge mit den vier Vorständen haben jeweils eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2001.

6.6. Gewinnverwendung und Dividendenpolitik

Es ist geplant, eine ertragsorientierte Dividende an die Aktionäre auszuschütten. Der Vorstand strebt eine Ausschüttungsquote von ca. 75% an. Generell ist die Fähigkeit der Gesellschaft, Dividenden auszuschütten, und die Höhe der jeweiligen Dividende abhängig vom jeweils erzielten Ergebnis sowie von der finanziellen Lage der Gesellschaft, ihren Liquiditätserfordernissen, ihren Zukunftsaussichten sowie von steuerlichen und sonstigen Rahmenbedingungen.

Bezogen auf den Nennwert von DM 5,-- je Aktie ergeben sich folgende Als-ob-Ergebnisse je Aktie (bezogen auf das Grundkapital von DM 8.304.500,--):

	1996	**1997**	**1998**
Ergebnis je Aktie	**DM 1,41**	**DM 5,27**	**DM 8,75**
Ausschüttung je Aktie			**DM 4,82**

6.7. Grundbesitz

Die Gesellschaft hat keinen Grundbesitz. Die Geschäftsräume der Gesellschaft in Gräfelfing sind angemietet. Die Maklerbüros an den Wertpapierbörsen zu Berlin, Frankfurt am Main und München sind ebenfalls gemietet.

6.8. Mitarbeiter

Zum Ende des Geschäftsjahres 1998 waren insgesamt 24 Mitarbeiter bei der MWB beschäftigt. Die Mitarbeiter verteilen sich wie folgt (Zahlen ohne Tochtergesellschaft):

	1998	**1997**	**1996**
Geschäftsführung	4	4	4
Handel / Support / Verwaltung	20	12	8
Summe	**24**	**16**	**12**

6.9. Abhängigkeit von Patenten und Lizenzen

Eine Abhängigkeit von Patenten und Lizenzen mit wesentlicher Bedeutung für die Geschäftstätigkeit oder Ertragslage der Gesellschaft besteht nicht.

6.10. Zahl- und Hinterlegungsstellen

Die Gesellschaft ist verpflichtet, in München, Berlin und Frankfurt am Main mindestens je ein Kreditinstitut als Zahl- und Hinterlegungsstelle zu bestimmen und bekanntzugeben, an dessen Schaltern alle die Aktien betreffenden Maßnahmen bewirkt werden können.

Zahl- und Hinterlegungsstellen sind derzeit die

Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft, Berlin,
alle Niederlassungen der Berliner Bank AG
und der Landesbank Berlin - Girozentrale -

Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft

M.M. Warburg & CO Kommanditgesellschaft auf Aktien

sowie das

Bankhaus Ellwanger & Geiger.

Die Vorlagefrist für Dividendenscheine beträgt gemäß § 801 Abs. 2 BGB vier Jahre. Nach Ablauf dieser Frist verfällt die Dividende zugunsten der Gesellschaft.

6.11. Versicherungsschutz

Die MWB hat nach eigener Auffassung Versicherungsschutz in angemessenem Umfang.

6.12. Rechtsstreitigkeiten

Es bestehen keine Gerichts- oder Schiedsverfahren, die einen erheblichen Einfluß auf die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft haben könnten oder in den letzten zwei Geschäftsjahren gehabt haben, noch sind nach Kenntnis der Gesellschaft solche Verfahren anhängig oder angedroht.

6.13. Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen satzungsgemäß ausschließlich im Bundesanzeiger.

Die die Inhaber-Stammaktien betreffenden Mitteilungen werden darüber hinaus in mindestens einem überregionalen Pflichtblatt der Wertpapierbörsen zu Berlin, Frankfurt am Main und München veröffentlicht.

6.14. Abschlußprüfer

Die Jahresabschlüsse 1995 und 1996 wurden von Herrn René Schaeffler, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, München, geprüft und jeweils mit uneingeschränktem Testat versehen.

Der Jahresabschluß 1997 wurde von der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin und Frankfurt a.M., geprüft und mit uneingeschränktem Testat versehen.

Prüfer der Umwandlung in die MWB Wertpapierhandelshaus AG, Gräfelfing, war die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin und Frankfurt a.M.. Aufgrund ihrer Prüfung erteilte sie den Vermerk, daß die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin und Frankfurt a.M. nach dem abschließenden Ergebnis der pflichtgemäßen Prüfung gemäß §§ 197, 220 Abs. 3, 245 Abs. 1 UmwG, i.V. §§ 33, 34 AktG aufgrund der vorgelegten Urkunden, Bücher, Schriften sowie der ihr erteilten Aufklärungen und Nachweise bestätigt, daß die Angaben der Gesellschafter, die für den Formwechsel gestimmt haben, über die Festsetzungen nach §§ 26 und 27 AktG richtig und vollständig sind, der Geschäftsablauf und die Lage der umzuwandelnden Gesellschaft mit beschränkter Haftung im Umwandlungsprüfungsbericht zutreffend dargestellt worden ist, das Reinvermögen der umzuwandelnden Gesellschaft mit beschränkter Haftung den Nennbetrag der zu gewährenden Aktien der formgewechselten Gesellschaft deckt, keine besonderen Vorteile, Entschädigungen oder Belohnungen anläßlich des Formwechsels der Gesellschaft ausbedungen wurden und die Umwandlungskosten richtig und vollständig angegeben worden sind. Ferner wurde festgestellt, daß die Prüfung des Umwandlungsvorganges durch die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrats ordnungsgemäß durchgeführt worden ist.

Der Halbjahresbericht zum 30. Juni 1998 wurde ebenfalls von der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin und Frankfurt a.M., geprüft und mit dem Vermerk versehen, daß die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung den gesetzlichen Vorschriften der §§ 242 bis 256 HGB sowie den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung entsprechen. Die Prüfung stellte jedoch keine Jahresabschlußprüfung im Sinne der §§ 316 ff HGB dar. Die erteilte Bescheinigung ist somit kein Bestätigungsvermerk im Sinne von § 322 HGB.

Der Jahresabschluß 1998 wurde von der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin und Frankfurt a.M., geprüft und mit uneingeschränktem Testat versehen.

7. Geschäftstätigkeit

7.1. Überblick

Die MWB erbringt Finanzdienstleistungen im Sinne des § 1 Abs. 1a KWG. Hierzu bedarf es seit 1. Januar 1998 einer Erlaubnis nach § 32 KWG durch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen.

Da die MWB ihre Geschäfte bereits vor dem 1. Januar 1998 betrieben hat, arbeitete sie zeitweise unter einer Übergangsvorschrift. Die Gesellschaft hat mit Schreiben vom 25. März 1998 die Erstanzeige als Finanzdienstleistungsinstitut gemäß § 64e Abs. 2 Satz 1 KWG beim Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen eingereicht (eine Benachrichtigung erfolgte am 12. Juni 1998). Die Erlaubnis zur Anlagevermittlung, Abschlußvermittlung und zum Eigenhandel wurde durch das Amt mit Schreiben vom 19. Oktober 1998 als vorläufig erteilt. Die Gesellschaft hat am 15. Januar 1999 die geforderte Ergänzungsanzeige gemäß § 64 e Abs. 2 Satz 4 KWG, die den Anforderungen des § 32 KWG entspricht, fristgemäß beim BAKred eingereicht. Die Erteilung und der Umfang der Erlaubnis wird seitens des BAKred anhand dieser Anzeige noch einmal geprüft. Dies entspricht der üblichen Vorgehensweise des BAKred.

Im Rahmen ihrer skontroführenden Tätigkeiten wird darüber hinaus die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der MWB gemäß § 8b Abs. 1 BörsG von der Börsenaufsichtsbehörde geprüft. Ferner müssen Vorkehrungen für die Einhaltung der Vorschriften des Wertpapierhandelsgesetzes und des Geldwäschegesetzes getroffen werden.

Die MWB gehört in Deutschland zu den größten und umsatzstärksten Freimaklern im Aktienhandel. Neben München ist die Gesellschaft an den Börsen in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt sowie Stuttgart zugelassene Freimaklerfirma. Den Großteil des Geschäftes wickelt die Gesellschaft über elektronische Handelssysteme ab.

Das Unternehmen ist in den Geschäftsfeldern

- Börsenhandel,
- Emissionsgeschäft und
- Privatkundengeschäft

tätig. Der Börsenhandel bildet das Kerngeschäftsfeld der Gesellschaft. Das Emissionsgeschäft sowie das Privatkundengeschäft sind für die MWB neue Betätigungsfelder, die sich derzeit noch im Aufbau befinden.

7.2. Börsenhandel

7.2.1. Tätigkeitsfeld

Das Tätigkeitsfeld der Gesellschaft im Rahmen des Börsenhandels umfaßt das Courtagegeschäft, das aktive Market-Making und das Listing von ausländischen Unternehmen, vor allem im Freiverkehr, die sie als Skontroführer betreut. Es handelt sich dabei um das Hauptgeschäftsfeld der MWB, das den höchsten Ergebnisbeitrag

erzielt. Die Gesellschaft ist auf diesem Gebiet in Deutschland einer der umsatzstärksten Freimakler.

Die MWB unterhält Börsenbüros in gemieteten Räumen an den Börsen in Berlin, Frankfurt und München. In Düsseldorf und Stuttgart besteht eine Zulassung zur Börsengeschäftsabwicklung. Die Gesellschaft beschäftigt an diesen beiden Börsenplätzen vor Ort keine Mitarbeiter.

Die Aufgaben eines Skontroführers sind das Führen eines elektronischen Orderbuches für jedes betreute Unternehmen und die Feststellung von Börsenpreisen. Die skontroführenden Freimakler nehmen in den Segmenten Freiverkehr und Geregelter Markt eine dem amtlichen Kursmakler ähnliche Stellung ein, wobei es sich jedoch um Börsensegmente ohne amtliche Kursfeststellung handelt. Die MWB verfügt per Februar 1999 über die Skontroführung der in der folgenden Übersicht anzahlmäßig aufgeführten vorwiegend ausländischen Aktien, die neben ihrer Zulassung an den jeweiligen Heimatbörsen auch an deutschen Börsen im Freiverkehr oder im Geregelten Markt eingeführt sind:

Börse	Freiverkehr	Geregelter Markt
München	675	14
Berlin	460	4
Frankfurt	143	0

Es ist dabei zu berücksichtigen, daß an mehreren Börsenplätzen das Skontro zum Teil für die gleiche Aktie geführt wird. Die Gesamtanzahl der geführten Skontren beläuft sich daher auf ca. 700.

Die Hauptmitbewerber, Baader Wertpapierhandelsbank AG und die Berliner Freiverkehr (Aktien) AG, führen das Skontro für ca. 1.700 bzw. 1.100 Auslandswerte.

Für die Tätigkeit als bankenunabhängiger und neutraler Finanzintermediär erhält die Gesellschaft die derzeit in Deutschland üblichen Maklercourtagesätze von 0,04 % bzw. 0,08 %. Die MWB erzielt rund 29 % (1998) ihrer Einkünfte aus der Vereinnahmung von Maklercourtagen. Hiervon entfallen ca. 82 % auf Wertpapiere, in denen die Gesellschaft selbst das Skontro führt.

Eine weitere Funktion des Freimaklers ist die des aktiven Market Makers für die von ihm betreuten Unternehmen. Um die fortlaufende Notierung zu gewährleisten, geht die Gesellschaft durch Selbsteintritt auch nennenswerte Risikopositionen ein. Diese Rolle ähnelt dem des Betreuers im Neuen Markt® und im XETRA®-Handel. Die MWB stellt enge Geld- und Briefkurse und sorgt durch den Einsatz von elektronischen Handelssystemen für eine ausreichende Marktliquidität und faire Preise. Aufgrund ihrer Tätigkeit schafft die Gesellschaft dem deutschen Anleger die Möglichkeit, aus einer größeren Anzahl an internationalen Aktien wählen zu können und kostengünstig, ohne hohe Mindestordergebühren und ohne Beauftragung eines Brokers an den Heimatbörsen, den Handel an einer inländischen Börse auszuführen. Durch die Tätigkeit der Gesellschaft als Market Maker besteht die Chance der Partizipation an Kursschwankungen und der Ausnutzung von Kursdifferenzen an unterschiedlichen Börsenplätzen der betreuten Unternehmen. Aus der Arbitrage heraus generierte die MWB 71 % (1998) ihrer Einkünfte, wobei ca. 90 % auf Wertpapiere entfallen, in denen die Gesellschaft selbst das Skontro führt.

Die Gesellschaft kann Eigenhandel in den von ihr betreuten aber auch in anderen Titeln betreiben. Hierbei entscheidet im Gegensatz zum klassischen Vermittlungsgeschäft nicht der Umsatz sondern die Spanne zwischen An- und Verkaufskurs über die Rentabilität des Geschäfts. Eigenhandelspositionen entstehen beispielsweise auch aus dem Kundenauftragsgeschäft, sofern Kauf- oder Verkaufsorders nicht vollständig ausführbar sind, im Kundeninteresse jedoch zum Zwecke des Marktausgleiches die Komplettausführung vorgenommen wird.

Der aktive Eigenhandel, das heißt, der An- und Verkauf von Wertpapieren für eigene Rechnung mit dem Ziel der Ausnutzung von Börsentrends und Marktineffizienzen, wird von der Gesellschaft kaum betrieben. Da das Geschäftsfeld als hoch riskant anzusehen ist, beschränkt die Gesellschaft ihre Aktivitäten in diesem Bereich auf ein Mindestmaß.

Der Zeitraum, in dem die Gesellschaft Wertpapierbestände hält, beschränkt sich in der Regel auf maximal einen Handelstag. Dies bedingt, daß eingegangene Positionen unter Umständen auch lange nach Handelsschluß in Deutschland an einer anderen Börse der Welt, meist der Heimatbörse des jeweiligen Wertpapiers, wieder geschlossen werden. Aber auch die Eröffnung einer Position vor dem Handelsbeginn in Deutschland an einer ausländischen Börse kann durch die MWB erfolgen. Diese Positionen entstehen überwiegend aus dem von der Gesellschaft aktiv betriebenen Market Making.

Das entspricht der Handelsphilosophie der Gesellschaft. Diese sieht sich nicht nur als Skontroführer, der Orders immer nur dann ausführt, wenn sich Angebot und Nachfrage am Markt entsprechend treffen. Die MWB sieht sich eher für die von ihr im Skontro geführten Wertpapiere verantwortlich und nimmt eine aktive Rolle als Market Maker ein. Der Begriff Market Maker bedeutet hierbei, daß der Selbsteintritt immer dann erfolgt, wenn eine den Markt widerspiegelnde Kundenorder aufgrund einer fehlenden Gegenpartei zu einem marktgerechten Preis nicht vermittelt werden kann.

Die MWB hat sich zum Ziel gesetzt, die Anzahl der an deutschen Börsen gelisteten ausländischen Unternehmen weiter zu erhöhen. Deshalb ist sie ständig auf der Suche nach aus der Sicht des Anlegers interessanten börsennotierten Gesellschaften aus Wachstumsbranchen und führt deren Aktien an den Börsen in Berlin, Frankfurt und München in den Freiverkehr ein. Dies ist Voraussetzung für den Erhalt der Skontroführung in diesen Titeln.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten der MWB liegt geographisch auf börsennotierten Unternehmen aus den USA. Hinsichtlich der Branchen ist eine Konzentration auf Wachstumsbranchen wie der Computer- und Software-, der Finanz- sowie der Life Science Industrie zu erkennen.

7.2.2. Kunden und Wettbewerb

Die Kunden der MWB im Börsenhandel sind vornehmlich kleine und mittlere, zum Teil nur regional tätige Kreditinstitute, aber auch größere deutsche sowie einige namhafte europäische Bankhäuser. Diese Banken verfügen teilweise nur über eine Börsenzulassung bzw. beschäftigen keine an den Börsen vor Ort tätigen Mitarbeiter und sind damit auf die Dienste eines Maklers angewiesen.

Die Gesellschaft konkurriert im Börsenhandel mit Aktien mit diversen Maklerunternehmen wie der Baader Wertpapierhandelsbank, Berliner Freiverkehr, Concord Effecten, HWAG oder Kling, Jelko, Dr. Dehmel. Sie hat dabei in den letzten Jahren eine branchenübliche hohe Umsatz- und Ertragsentwicklung aufgezeigt.

7.3. Emissionsgeschäft

Die Gesellschaft plant, für ihre Tochtergesellschaft, MWB Gesellschaft für Kapitalmarktkommunikation und Emissionsmanagement mbH, eine Teilbanklizenz für den Betrieb des Emissionsgeschäftes zu erlangen. Dies ist notwendig, da das Emissionsgeschäft, das heißt, die "Übernahme von Finanzinstrumenten für eigenes Risiko zur Plazierung oder die Übernahme gleichwertiger Garantien (Emissionsgeschäft)" (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 10 KWG), mit Wirkung zum 1. Januar 1998 durch die 6. KWG-Novelle zu den Bankgeschäften zählt, welche nur von einem Kreditinstitut betrieben werden können. Am 7. Dezember 1998 ist der Antrag auf Erlaubnis dieser Geschäfte gemäß § 32 KWG gestellt worden.

Die Gesellschaft plant, das Geschäft nachhaltig zu betreiben, indem sie Emissionen an einer deutschen Börse durchführt. Sie hat aus diesem Grund im Laufe des Jahres 1998 ein Team von zwei Mitarbeitern für das Geschäftsfeld gebildet, die nur für das Emissionsgeschäft tätig sind. Die Gesellschaft will sich auf die Beratung von kleineren Unternehmen mit einem Umsatz von DM 20 - 30 Mio. und einem Emissionsvolumen bis zu DM 50 Mio., die sich vornehmlich aus der Gruppe der "Start-up" Unternehmen rekrutieren, konzentrieren. Nach Einschätzung der MWB werden diese IPO-Kandidaten aufgrund hoher Fixkosten nicht von den traditionellen Emissionsbanken umworben. Die Gesellschaft sieht in diesem Rahmen erhebliche Potentiale auch in der Region München. Die Aktien dieser Unternehmen können nach Ansicht der MWB je nach den Gegebenheiten sowohl in den Neuen Markt® als auch in den Freiverkehr oder den Geregelten Markt einer deutschen Börse eingeführt werden.

7.4. Privatkundengeschäft

Ein weiteres neues Geschäftsfeld der Tochtergesellschaft soll das Privatkundengeschäft bilden. Hierfür ist gleichfalls ein Teilbanklizenz für die Tätigkeiten Anlagevermittlung (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 1 KWG), Abschlußvermittlung (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 2 KWG) Finanzportfolioverwaltung (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 3 KWG) und Anlageberatung (§ 1 Abs. 3 Nr. 6 KWG) erforderlich, die mit Schreiben vom 7. Dezember 1998 beantragt wurde.

Die MWB will dem gehobenen Privatkunden das komplette Spektrum von der Vermögensberatung bis hin zur Vermögensverwaltung anbieten. Für den Aufbau dieses Bereiches hat die Gesellschaft im Laufe des vergangenen Jahres ein Team von zwei erfahrenen Mitarbeitern aufgebaut, das nach Aussage der Gesellschaft über umfangreiche Erfahrung in der Betreuung und Verwaltung von Wertpapierdepots vermögender Privatkunden verfügt und das ausschließlich in der Beratung und Betreuung tätig ist. Im Rahmen der Vermögensverwaltung will es die Gesellschaft übernehmen, namens und für Rechnung von Kunden deren Vermögen zu verwalten. Das persönliche Risikopotential und die Anlagestrategie für das verwaltete Vermögen werden durch den Bankkunden und den Berater gemeinsam erarbeitet und in einem Vertrag schriftlich fixiert. Dieser bildet die Grundlage für die eigenständigen Transaktionen, die durch die Gesellschaft für den Kunden durchgeführt werden. Das Mitarbeiterteam verfügt über modernste Technik, um ständig über die Entwicklungen an den Kapitalmärkten informiert zu sein. Für die verwalteten Kundenportfolios sollen durch die Analyse und Auswertung der Informationen die Chancen und Risiken frühzeitig erkannt werden. Über Transaktionen will die MWB ihre Kunden laufend informieren und ihnen vierteljährlich eine Performanceübersicht zusenden.

Im Rahmen der Vermögensberatung informieren die Berater der Gesellschaft den Kunden über die Lage auf dem Kapitalmarkt und geben Hinweise und Empfehlungen, auf deren Grundlage sich die Kunden entschließen können, Transaktionen durchzuführen. Bei der Auswahl der für den Kunden passenden Anlage, nimmt der Berater insbesondere auf die persönlichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse Rücksicht. Die Empfehlungen umfassen sämtliche am deutschen und internationalen Markt handelbaren Finanzinstrumente.

7.5. Investitionen

Abschreibungen und Investitionen spielen bei der MWB eine eher untergeordnete Rolle. Die planmäßigen Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen der Gesellschaft betrugen im Durchschnitt der Geschäftsjahre 1994 bis 1997 ca. 0,48 % des Rohertrages (1998: DM 98.984,72). Die Investitionen betrugen durchschnittlich 0,54 % (1998: DM 346.595,72). Ausgehend von dem gegenwärtigen Sachanlagenbestand der Gesellschaft und unter Einbeziehung der notwendigen Erweiterungsinvestitionen bedingt durch zusätzliche Arbeitsplätze in den neuen Geschäftsfeldern kann von DM 150.000,-- in 1999 und DM 200.000,-- in 2000 als Ersatz- bzw. Erweiterungsinvestitionen ausgegangen werden. Diese Investitionen werden aus dem laufenden Cash flow eigenfinanziert.

Des weiteren ist davon auszugehen, daß der MWB für die Umsetzung der 6. KWG-Novelle ab dem Jahr 1999 konstante Aufwendungen von DM 360.000,-- p.a. entstehen.

7.6. Beteiligungen

7.6.1. MWB Gesellschaft für Kapitalmarktkommunikation und Emissionsmanagement mbH

Die MWB Wertpapierhandels- und Börsenmaklergesellschaft mbH übernahm laut notariellem Vertrag vom 27. Oktober 1995 eine Stammeinlage in Höhe von DM 50.000,-- an der A. Beyer - Gesellschaft für Kapitalmarktkommunikation und Emissionsmanagement mbH, die seit 12. Dezember 1995 besteht.

Durch notariellen Vertrag vom 24. Juni 1996 wurden zwei weitere Stammeinlagen in Höhe von je DM 50.000,-- erworben, so daß sich die Beteiligung am Stammkapital an der A. Beyer - Gesellschaft für Kapitalmarktkommunikation und Emissionsmanagement mbH am 31. Dezember 1996 auf 75% belief.

Die Gesellschafterversammlung vom 13. Februar 1997 hat die Änderung der Firmenbezeichnung in MWB Gesellschaft für Kapitalmarktkommunikation und Emissionsmanagement mbH, Gräfelfing, beschlossen. Die Eintragung der Änderung in das Handelsregister des Amtsgerichts München unter der Nummer HR B 111455 erfolgte am 24. Februar 1997. Der Sitz der Gesellschaft ist Gräfelfing.

Mit der letzten Stammeinlage in Höhe von DM 50.000,--, die durch notariellen Vertrag vom 13. Februar 1997 erworben wurde, hält die MWB Wertpapierhandels- und Börsenmaklergesellschaft mbH 100 % an der genannten Gesellschaft.

Die Tochtergesellschaft verfügte per 31. Dezember 1997 über ein Eigenkapital von DM 110.000,-- bei einem voll eingezahlten Stammkapital von DM 200.000,--. Am 27. November 1998 hat die MWB DM 2.000.000,-- weiteres Eigenkapital an die Tochtergesellschaft übertragen, das in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingestellt wurde.

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Beratungs- und Betreuungsleistungen aller Art mit Bezug auf Kapitalmarktfragen mit Ausnahme von Bankgeschäften im Sinne des § 1 KWG sowie die Vermittlung von Finanzanzeigen und die Durchführung von Verlagsaktivitäten. Für die Tochtergesellschaft ist die Aufnahme der Tätigkeit einer Wertpapierhandelsbank im Sinne des § 1 KWG mit einer Teilbank-Lizenz geplant. Der Antrag wurde am 7. Dezember 1998 gestellt.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Geschäftsführer sind Bernd Ertl, Pullach, und Wolfgang Grau, Altomünster. Die Bestellung der Geschäftsführer erfolgte am 4. Dezember 1998, die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 11. Dezember 1998.

Die Tochtergesellschaft erzielte in 1996 DM 23.045,53 und in 1997 keine Umsatzerlöse. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ruhte 1998. Der Jahresfehlbetrag belief sich in 1996 auf DM 78.404,52 und 1997 auf DM 2.169,45.

Derzeit besteht zwischen der Tochtergesellschaft und der MWB kein Beherrschungs- oder Gewinnabführungsvertrag.

Die Tochtergesellschaft hat gegenüber der MWB keine Verbindlichkeiten. Forderungen gegen die MWB existieren nicht.

7.6.2. KST Wertpapierhandelsaktiengesellschaft

Die MWB verpflichtete sich am 23. Dezember 1998 unwiderruflich eine Beteiligung an der KST Wertpapierhandelsaktiengesellschaft (nachfolgend auch KST) in Höhe von 6 % (Stück 27.000) des Grundkapitals der KST vom Bankhaus Ellwanger & Geiger zu erwerben. Die Kaufabwicklung erfolgte mit Valuta 19. März 1999. Zwischenzeitlich erwarb die MWB weitere 0,7 % (Stück 3.000) der KST. Die MWB wird darüber hinaus weitere Stück 15.000 (3,3 %) Inhaber-Stammaktien im Nominalwert von je DM 5,-- der KST bis spätestens 7. Mai 1999 erwerben. Des weiteren hat sich die MWB ein Vorkaufsrecht der jeweiligen Bestände der Altaktionäre der KST einräumen lassen.

Die KST ist ein an der Baden-Württembergischen Börse zu Stuttgart zugelassenes Maklerunternehmen. Sie ist 1996 aus der Fusion der Keller & Teichel Wertpapiermakler GmbH mit den beiden Maklergesellschaften Armin Badent und Kurt Siegle GmbH hervorgegangen. Die Keller & Teichel Wertpapiermakler GmbH wurde durch den Gesellschafterbeschluß vom 17.12.1997 in die KST Wertpapierhandelsaktiengesellschaft umgewandelt, die Eintragung der Änderung in das Handelsregister des Amtsgerichts Stuttgart erfolgte am 9. Juni 1998 unter der Nummer HRB 19241.

Am 27.04.1998 hat die Keller & Teichel Wertpapiermakler GmbH die Zulassung als Finanzdienstleistungsinstitut gemäß § 32 KWG für die Geschäfte der Anlagevermittlung, Abschlußvermittlung und den Eigenhandel vom BAKred erhalten. Diese wurde auf die umgewandelte Firma übertragen.

Die Gesellschaft ist vornehmlich in den Marktsegmenten Geregelter Markt und Freiverkehr tätig. Dabei ist die KST einerseits im Handel mit festverzinslichen Wertpapieren, vor allem öffentliche Anleihen, andererseits im Handel von Aktien und Genußscheinen tätig. Sie führt zur Zeit das Skontro von ca. 350 Aktien. Der Fokus liegt dabei auf der Einführung der Titel des Neuen Marktes® in den Freiverkehr der Baden-Württembergischen Börse zu Stuttgart. Der Umsatzanteil dieser Titel macht bei der KST ca. 50 % aus. Im Bereich der inländischen Aktien verfügt sie über das Skontro fast aller im Stuttgarter Freiverkehr notierten Unternehmen.

Die folgende Tabelle zeigt das Unternehmen der KST Wertpapierhandelsaktiengesellschaft in der Übersicht:

Sitz:	Stuttgart
Tätigkeit:	Gegenstand der KST Wertpapierhandelsaktiengesellschaft ist gemäß § 2 der Satzung die Anschaffung und Veräußerung von Wertpapieren oder Derivaten für andere, die Anschaffung und die Veräußerung von Wertpapieren oder Derivaten im Wege des Eigenhandels für andere, die Vermittlung von Geschäften über die Anschaffung und die Veräußerung von Wertpapieren oder Derivaten, die Beratung in Börsenfragen, die Börsenbegleitung von Unternehmen sowie die Wahrnehmung der Betreuerfunktion und die Beratung in Vermögensfragen. Die Gesellschaft kann sich zudem auch noch an anderen Gesellschaften beteiligen
Gründung:	17.12.1997
Besitzverhältnisse:	Gerrit Keller, Harald Teichel, Kurt Siegle und Armin Badent zusammen ca. 25 %, Baader Wertpapierhandelsbank AG über 25 %, MWB Wertpapierhandelshaus AG 6,7 %
Mitarbeiter in 1998:	9
Gezeichnetes Kapital:	DM 2.250.000,--
Kapitalrücklage:	DM 6.375.000,--
Gewinnrücklage:	DM 225.000,--
Umsatz: **1998** **1997**	 DM 11.363.109,92 (vorläufiger Jahresabschluß 1998) DM 1.902.854,44
Sonstige betriebliche Erträge: **1998** **1997**	 DM 25.065.790,22 (vorläufiger Jahresabschluß 1998) DM 3.893.746,36
Personalaufwand: **1998** **1997**	 DM 1.420.647,03 (vorläufiger Jahresabschluß 1998) DM 1.391.988,49
sonstige betriebliche Aufwendungen: **1998** **1997**	 DM 14.557.925,25 (vorläufiger Jahresabschluß 1998) DM 2.983.187,47
Ergebnis n. Steuern: **1998** **1997**	 DM 9.052.039,65 (vorläufiger Jahresabschluß 1998) DM 688.896,09

Das Ziel der Gesellschaft ist der weitere zielstrebige Ausbau der eigenen Märkte. Dabei wird sich die KST auf die Einführung aller am Neuen Markt® / XETRA® derzeit und zukünftig gehandelten Werte konzentrieren. Des weiteren werden von der Gesellschaft die Bereiche Emissionsberatung und die Betreuerfunktion weiter ausgebaut. In 1999 soll zudem der Einstieg in die Finanzportfolioverwaltung erfolgen, um die Plazierungskraft der Gesellschaft zu verstärken. Für das Jahr 2000 ist zudem die Erlangung der Vollbanklizenz geplant.

Es bestehen keinerlei Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen der KST und der MWB.

8. Finanzteil

8.1. Vergleichszahlen der letzten drei Geschäftsjahre

8.1.1. Vergleichs-Einzelbilanz der MWB Wertpapierhandelshaus AG, Gräfelfing

(Zahlen in DM)

AKTIVA	1998 Status per 31.12.1998 (ungeprüft) *		1997		1996
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		7.480,00		5.347,00	2.249,00
II. Sachanlagen		359.188,00		115.130,00	107.105,00
III. Finanzanlagen					
1.Beteiligungen	2.118.000,00		118.000,00		68.000,00
2.Wertpapiere des Anlagevermögens	194.740,00		5.705.549,00		0,00
		2.312.740,00		5.823.549,00	68.000,00
		2.679.408,00		5.944.026,00	177.354,00
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1.Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	59.124,82		9.137,46		87.731,15
2.Sonstige Vermögens-gegenstände	588.813,69		619.513,36		294.019,20
– davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(377.228,07)		(186.901,60)		(141.348,60)
		647.938,51		628.650,82	381.750,35
II. Wertpapiere Sonstige Wertpapiere		221.490,65		460.539,17	345.426,91
III. Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		20.055.636,02		11.902.941,40	5.714.424,32
		20.925.065,18		12.992.131,39	6.441.601,58
C. Rechnungsabgrenzungsposten		82.306,77		66.430,53	14.432,61
Bilanzsumme		**23.686.779,95**		**19.002.587,92**	**6.633.388,19**

*) zu Vergleichszwecken an Bilanzschema der Vorjahre angepaßt

(Zahlen in DM)

PASSIVA	1998 Status per 31.12.1998 (ungeprüft) *		1997		1996
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital		6.000.000,00		100.000,00	100.000,00
II. Gewinnrücklagen					
1. gesetzliche Rücklagen	600.000,00		0,00		0,00
2. andere Gewinnrücklagen	73.942,81		2.400.000,00		1.400.000,00
		673.942,81		2.400.000,00	1.400.000,00
III. Gewinnvortrag		0,00		288.337,23	593.188,26
IV. Jahresüberschuß		0,00		8.748.426,64	2.336.174,61
V. Bilanzgewinn		3.456.905,83		0,00	0,00
		10.130.848,64		11.536.763,87	4.429.362,87
B. Rückstellungen					
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1.030.530,00		460.898,00	249.549,00
II. Steuerrückstellungen		9.002.518,50		5.440.000,00	1.518.958,00
III. Sonstige Rückstellungen		2.510.500,00		219.700,00	95.000,00
		12.543.548,50		6.120.598,00	1.863.507,00
C. Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		131.588,95		369.839,74	128.187,56
II. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		749.456,70		854.886,99	155.469,39
III. Sonstige Verbindlichkeiten		131.337,16		120.499,32	56.861,37
– davon aus Steuern		(71.092,58)		(72.339,79)	(24.493,07)
– davon im Rahmen der sozialen Sicherheit		(58.124,35)		(38.343,91)	(24.897,05)
		1.012.382,81		1.345.226,05	340.518,32
Bilanzsumme		**23.686.779,95**		**19.002.587,92**	**6.633.388,19**

*) zu Vergleichszwecken an Bilanzschema der Vorjahre angepaßt

8.1.2. Vergleichs-Gewinn- und Verlustrechnung der MWB Wertpapierhandelshaus AG

(Zahlen in DM)

	1998 Status per 31.12.1998 (ungeprüft) *		1997		1996
1. Umsatzerlöse		1.853.989.174,59		1.217.561.430,62	443.941.856,11
2. Sonstige betriebliche Erträge		657.681,65		48.399,98	48.680,78
3. Materialaufwand		-1.815.794.807,89		-1.194.341.163,27	-434.973.944,68
4. Personalaufwand					
a) Löhne und Gehälter	-4.554.912,46		-3.049.288,42		-1.854.258,58
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorgung	-934.042,09		-466.843,22		-260.158,97
– davon Aufwendungen für die Altersvorsorgung	(569.632,--)		(-211.349,00)		(75.978,00)
		-5.488.954,55		-3.516.131,64	-2.114.417,55
5. Abschreibungen auf immatrielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-98.984,72		-44.941,00	-42.168,33
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-8.095.048,05		-3.465.580,53	-2.413.337,44
7. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Umlaufvermögens		10.468,57		129.861,11	0,00
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		701.963,85		242.320,76	102.566,87
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens		-20.868,86		-129.998,60	-15.000,00
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-41.359,85		-41.292,00	-14.855,72
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		25.819.264,74		16.442.905,43	4.519.380,04
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag		-13.762.358,91		-7.662.854,79	-2.157.101,43
13. Sonstige Steuern		0,00		-31.624,00	-26.104,00
14. Jahresüberschuß		12.056.905,83		8.748.426,64	2.336.174,61
15. Einstellung in Gewinnrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage		600.000,00			
16. Ausschüttung		8.000.000,00			
17. Bilanzgewinn		**3.456.905,83**			

*) zu Vergleichszwecken an GuV-Schema der Vorjahre angepaßt

8.2. Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1998

8.2.1. Lagebericht der MWB Wertpapierhandelshaus AG

Das Geschäftsjahr 1998 verlief für die Gesellschaft äußerst positiv. Im ersten und zweiten Quartal 1998 hatte allein der Rohertrag mit 22 Millionen DM beinahe das Jahresergebnis 1997 erreicht. Ähnlich hatte sich der Jahresüberschuß entwickelt der mit 8,1 Millionen DM im ersten Halbjahr 1998, nahezu an das Gesamtergebnis 1997 von 8,7 Millionen DM heranreichte. Die sich bereits im November 1997 abzeichnende Asi-

enkrise und die 1998 folgenden Turbulenzen an den weltweiten Aktienmärkten konnten die anhaltende Dynamik der Geschäftsentwicklung der MWB AG nicht bremsen. Trotz der zunehmend volatilen Börsen im zweiten Halbjahr 1998 legte die MWB AG im dritten und vierten Quartal noch einmal zu. Im dritten Quartal erzielte die MWB AG sogar das zweitbeste Quartalsergebnis des Jahres.

Der Rohertrag für das Gesamtjahr, also die Summe aus Courtage und Erträgen aus dem Handelsgeschäft, belief sich für 1998 auf 38,5 Millionen DM gegenüber dem Vorjahresergebnis von 23,1 Millionen DM. Auch der Jahresüberschuß lag mit etwa 12,1 Millionen DM deutlich über dem Vergleichsergebnis 1997 in Höhe von 8,7 Millionen DM. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit stieg im gleichen Zeitraum ebenfalls erheblich, von 16,4 Millionen DM auf 25,8 Millionen DM. Aus dem bereinigten Jahresüberschuß 1998 errechnet sich demnach ein DVFA-Ergebnis pro Aktie von 8,75 DM (4,47 EURO).

Mit diesem Ergebnis setzt das Unternehmen einen seit Gründung vor fünf Jahren anhaltenden Trend fort.

Dieser anhaltende Erfolg hat zahlreiche Gründe. So beobachtet die MWB AG eine starke Zunahme der Nachfrage nach Auslandstiteln, auf deren “Market-Making” sich das Unternehmen von Anfang an konzentriert hatte. Zudem wuchs die Nachfrage nach Werten rund um das Internet und seiner Technologien überproportional. Dieses Segment ist, neben den Branchen Biotechnologie, Kommunikation und Software, einer der tragenden Pfeiler des Kerngeschäftes der MWB AG, die sich hier ebenfalls eine außerordentlich starke Marktstellung erobert hat.

Erfreuliche Nebeneffekte zeitigte hier 1998 auch die Hausse am Neuen Markt®, die Phantasie auch bei vergleichbaren Titeln in anderen Börsensegmenten stimuliert hat. Darüber hinaus hatten sich stetig sinkende Zinsen und die gleichzeitig anhaltend hohen Unternehmensgewinne, nicht nur in der Bundesrepublik, positiv auf das Geschäft ausgewirkt. Dem Markt Auftrieb gegeben hatte – vor allem im ersten Quartal 1998 – auch die mit der Festlegung auf den 1.1.1999 als Beginn der Währungsunion einsetzende Euro-Euphorie.

Die Zahl der von der MWB AG betreuten Papiere stieg bis Ende 1998 auf 660, während es Ende 1997 noch 360 Titel gewesen waren. Mit dem Geschäft wuchs auch die Zahl der Mitarbeiter der MWB AG. Acht neue Mitarbeiter im Bereich Handel und “Back Office” verstärkten 1998 das damit auf 24 Mitarbeiter gewachsene Team.

Mit Schreiben vom März 1998 hat die Gesellschaft rechtzeitig die Erstanzeige als Finanzdienstleistungsinstitut gemäß § 64e Abs. 2 Satz 1 KWG beim Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen abgegeben. Mit Schreiben vom 19.10.1998 hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen die Erlaubnis gemäß § 64e Abs. 2 Satz 1 KWG erteilt. Mit Schreiben vom 15.01.1999 hat die Gesellschaft die Ergänzungsanzeige gemäß Ergänzungsanzeigenverordnung wiederum rechtzeitig abgegeben. Mit notariell beurkundetem Vertrag vom 14.08.1998 wurde das Stammkapital der Gesellschaft aus Gesellschaftsmitteln um nominal DM 4.300.000,– auf DM 4.400.000,– erhöht. Mit notariell beurkundetem Vertrag vom 09.10.1998 wurde das Stammkapital durch Bareinlage auf DM 6.000.000,– erhöht und die Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Sie firmiert seit der Eintragung in das Handelsregister vom 08.12.1998 als MWB Wertpapierhandelshaus AG. Seit Juli des Jahres 1998 fanden Gespräche mit der Bankgesellschaft Berlin über eine Begleitung der Gesellschaft an den Amtlichen Handel der Wertpapierbörsen von München, Berlin und Frankfurt statt. Mit Vertrag vom 26.01.1999 verpflichtete sich die Bankgesellschaft zur Übernahme und Plazierung von bis zu 620.000 Aktien der Gesellschaft. Die Börseneinführung soll im April 1999 stattfinden.

Mit Schreiben vom 08.12.1998 wurde für die bestehende 100%ige Tochtergesellschaft, MWB Gesellschaft für Kapitalmarktkommunikation und Emissionsmanagement

mbH, bei der Landeszentralbank in Bayern und dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen eine Erlaubnis als Wertpapierhandelsbank gemäß § 32 KWG beantragt. Es soll das Emissionsgeschäft und das Privatkundengeschäft betrieben werden. Geschäftsleiter der Tochter sind Herr Bernd Ertl, für den Bereich Emissionsgeschäft, und Herr Wolfgang Grau, für den Bereich Privatkundengeschäft. Die Gesellschaft hat ab Januar 1999 vier Mitarbeiter. Damit ist der Aufbau der Strukturen abgeschlossen und der Geschäftsbetrieb kann nach Erteilung der Erlaubnis aufgenommen werden.

Aussichten

Auf das Ergebnis von 1998 aufbauend rechnet die MWB AG auch für 1999 sowohl mit einem weiteren Wachstum, als auch mit einem Gewinnanstieg. Ein Grund dafür liegt in der großen Anzahl der von der MWB AG im vergangenen Jahr in den Markt neu eingeführten Titel. Die Fortführung dieser erfolgreichen Strategie zählt zu den zentralen Unternehmenszielen 1999. Weiter wachsen wird in Folge auch die Zahl der Mitarbeiter, so erwartet beispielsweise das Frankfurter Büro für April 1999 Verstärkung durch eine weitere Aktienhändlerin.

Der Beginn von XETRA®-Release III im Oktober 1998, der alle an der Frankfurter Wertpapierbörse notierten Aktien, also auch alle Freiverkehrsaktien mit einbezogen hat, hat in diesem speziellen Segment nicht die von der Deutsche Börse AG beabsichtigte Wirkung erzielt. Die Deutsche Börse AG hat den Handel in XETRA® deshalb auf absehbare Zeit, auf wenige große Namen und liquide Titel beschränkt. Der Handel in ausländischen Freiverkehrstiteln, dem wesentlichen Geschäftsfeld der Gesellschaft, wird dagegen klassisches Maklergeschäft bleiben.

Ihre herausragende Position in diesem Marktsegment weiter ausbauen wird die MWB AG auch durch die strategische Beteiligung an ertragsstarken Finanzdienstleistern: So hat die Gesellschaft mit Vertrag vom 23.12.1998 die Verpflichtung übernommen, bis spätestens 31.03.1999 sechs Prozent des Grundkapitals der KST Wertpapierhandels AG zu erwerben. Darüber hinaus besitzt die MWB eine Option, weitere 3,3 Prozent zu erwerben. Die KST Wertpapierhandels AG ist eine der führenden Freimaklergesellschaften am Börsenplatz Stuttgart mit dem Schwerpunkt Skontroführung für deutsche Aktien im Marktsegment Freiverkehr.

Damit bietet das Maklergeschäft, als Unternehmenskern der MWB AG auch über das Jahr 2000 hinaus überaus positive Perspektiven. Substantielle Beiträge zum Unternehmenserfolg erwartet sich die MWB AG für die Zukunft jedoch auch von ihrem Engagement im Privatkunden- und Emissionsgeschäft. Auch in diesem Bereich sollen sich bietende Gelegenheiten zur Beteiligung und zum Zukauf von ertragsstarken Unternehmen genutzt werden.

8.2.2. Einzelbilanz der MWB Wertpapierhandelshaus AG

(Zahlen in DM)

AKTIVA		1998	
1. Barreserve			
Kassenbestand			2.110,98
2. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig		12.106.907,02	
b) andere Forderungen		8.200.000,00	
			20.306.907,02
3. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			416.230,65
4. Anteile an verbundenen Unternehmen			2.118.000,00
darunter:			
an Kreditinstituten	DM 0,00		
an Finanzdienstleistungsinstituten	DM 0,00		
5. Sachanlagen			366.668,00
6. Sonstige Vermögensgegenstände			394.556,53
7. Rechnungsabgrenzungsposten			82.306,77
Summe der Aktiva			**23.686.779,95**

(Zahlen in DM)

Passiva	1998		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
täglich fällig			313.378,43
2. Sonstige Verbindlichkeiten			699.004,38
3. Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1.030.530,00	
b) Steuerrückstellungen		9.002.518,50	
c) andere Rückstellungen		2.510.500,00	
			12.543.548,50
4. Eigenkapital			
a) gezeichnetes Kapital		6.000.000,00	
b) Gewinnrücklagen			
ba) gesetzliche Rücklage	600.000,00		
bb) andere Gewinnrücklagen	73.942,81		
		673.942,81	
c) Bilanzgewinn		3.456.905,83	
			10.130.848,64
Summe der Passiva			**23.686.779,95**

8.2.3. Gewinn- und Verlustrechnung der MWB Wertpapierhandelshaus AG für die Zeit vom 1. Januar 1998 bis 31. Dezember 1998

(Zahlen in DM)

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1.Januar 1998 bis 31.Dezember 1998			
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	698.413,85		
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	16.527,78	714.941,63	
2. Zinsaufwendungen		5.158,15	709.783,48
3. Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			53.143,76
4. Provisionserträge			11.405.062,10
davon:			
a) Courtageerträge DM 11.405.062,10			
b) Courtage aus Poolausgleich DM 0,00			
5. Provisionsaufwendungen			494.700,67
davon:			
a) Courtageaufwendungen DM 443.939,27			
b) Courtage aus Poolausgleich DM 0,00			
6a. Ertrag aus Finanzgeschäften			70.203.941,77
6b. Aufwand aus Finanzgeschäften			42.652.983,08
7. Sonstige betriebliche Erträge			278.004,70
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	4.554.912,46		
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alterversorgung und für Unterstützung	934.042,09		
darunter:		5.488.954,55	
für Alterversorgung DM 569.632,00			
b) andere Verwaltungsaufwendungen		5.112.104,11	10.601.058,66
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			98.984,72
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen			2.982.943,94
11. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			25.819.264,74
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			13.762.358,91
13. Jahresüberschuß			12.056.905,83
14. Einstellungen in Gewinnrücklagen in die gesetzliche Rücklage			600.000,00
15. Vorabausschüttung			8.000.000,00
16. Bilanzgewinn			**3.456.905,83**

8.2.4. Anhang

8.2.4.1. Allgemeines

Der Jahresabschluß der MWB Wertpapierhandelshaus AG für das Geschäftsjahr 1998 ist nach den allgemeinen und den für Finanzdienstleistungsunternehmen geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), den einschlägigen Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG), des Kreditwesengesetzes (KWG) und der Rechnungslegungsverordnung für Kreditinstitute (RechKredV) vom 10. Februar 1992 in der Fassung vom 18. Juni 1993 erstellt.

Die Vorschriften des Bankbilanzrichtlinie-Gesetzes werden im vorliegenden Jahresabschluß erstmalig angewendet. Von der Angabe der Vorjahreszahlen wird daher gemäß Art. 31 Abs. 5 EGHGB abgesehen.

8.2.4.2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Für die Erstellung des Jahresabschlusses waren die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Aktien und andere nicht verzinsliche Wertpapiere sind mit den Anschaffungskosten oder den niedrigeren Kurswerten am Bilanzstichtag bewertet. Auf ausländische Währung lautende Wertpapiere wurden zum Kurs am Tag der Erstverbuchung oder zum niedrigeren Stichtagskurs umgerechnet.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten vermindert um notwendige Wertberichtigungen bewertet.

Das Sachanlagevermögen wird mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet. Diese werden unter Zugrundelegung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von drei bis zehn Jahren nach der linearen Methode berechnet.

Auf die Zugänge an beweglichen Wirtschaftsgütern, die in der ersten Jahreshälfte angeschafft wurden, wird die volle, in der zweiten Jahreshälfte die halbe Abschreibung verrechnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang gezeigt.

Sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert bewertet.

Die Rückstellung für Pensionen werden in steuerlich zulässiger Höhe ausgewiesen. Den nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwerten liegt ein Rechnungszinsfuß von 6% zugrunde.

Die Steuer- und sonstigen Rückstellungen wurden nach dem Grundsatz der vorsichtigen kaufmännischen Beurteilung im Einzelfall gebildet. Sie sichern erkennbare Risiken in ausreichender Höhe ab.

Die Werte für Verbindlichkeiten entsprechen grundsätzlich dem Rückzahlungsbetrag.

8.2.4.3. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an Kreditinstitute
Die Forderungen an Kreditinstitute beinhalten sowohl Tages- und Festgelder als auch abgegrenzte Festgeldzinsen, Courtage- und Dividendenforderungen und Ansprüche aufgrund des Verkaufs von Wertpapieren.

Sämtliche Forderungen haben eine Restlaufzeit von bis zu drei Monaten.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere
Die Wertpapiere sind zu Anschaffungskosten oder zu niedrigeren Kurswerten am Bilanzstichtag bewertet. Es handelt sich ausschließlich um börsennotierte Wertpapiere, von denen TDM 16 auf fremde Währung lauten.

Sachanlagen
Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres ist im folgenden Anlagespiegel dargestellt.

Anlagespiegel 1998

(Zahlen in DM)

	Anschaffungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	Vortrag 01.01.1998	Zugänge	Abgänge	31.12.98	Vortrag 01.01.1998	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Abgänge	31.12.98	31.12.98	31.12.97
I. Sachanlagen Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	272.378,29	346.595,72	14.016,97	604.957,04	151.901,29	98.984,72	12.596,97	238.289,04	366.668,00	120.477,00
II. Finanzanlagen Anteile an verbundenen Unternehmen	143.000,00	2.000.000,00	0,00	2.143.000,00	25.000,00	0,00	0,00	25.000,00	2.118.000,00	118.000,00
Summe	415.378,29	2.346.595,72	14.016,97	2.747.957,04	176.901,29	98.984,72	12.596,97	263.289,04	2.484.668,00	238.477,00

Sonstige Vermögensgegenstände
Die Sonstigen Vermögensgegenstände betreffen im wesentlichen die Aktivwerte aus der Rückdeckungsversicherung (TDM 350), die Kaution für die Büroräume in Gräfelfing (TDM 27) sowie eine Forderung an eine Krankenkasse auf Erstattung von Aufwendungen nach dem Lohnfortzahlungsgesetz (TDM 9).

Rechnungsabgrenzungsposten
Es handelt sich im wesentlichen um abgegrenzte Mitgliedsbeiträge, Beiträge zur Rückdeckungsversicherung, um sonstige Versicherungen und Avalprovisionen sowie um vorausbezahlte Zeitungsabonnements und sonstige Aufwendungen für das Jahr 1999.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
Sämtliche Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben eine Restlaufzeit von weniger als drei Monaten.

Sonstige Verbindlichkeiten
Die Verbindlichkeiten bestehen im wesentlichen aufgrund von im Jahr 1998 erbrachten Prüfungs- und Beratungsleistungen (TDM 300), von Börsenabwicklungsgebühren (TDM 114) und von Werbekosten um Zusammenhang mit der Emission (TDM 81).

Andere Rückstellungen
Die sonstigen Rückstellungen beinhalten die Abschluß- und Prüfungskosten, die Beiträge zur Berufsgenossenschaft und zur Industrie- und Handelskammer. Darüber hinaus sind Rückstellungen für Emissionskosten, für ausstehenden Urlaub und Kursverluste enthalten.

Gewinnrücklagen
Im Berichtsjahr wurden TDM 600 gemäß § 150 AktG in die gesetzliche Rücklage eingestellt.

Mit Gesellschafterbeschluß vom 14. August 1998 wurden aus dem Jahresüberschuß des Geschäftsjahres 1997 TDM 1.974 in die andere Gewinnrücklage eingestellt. Gleichzeitig wurden Gewinnrücklagen in Höhe von TDM 4.300 in Stammkapital umgewandelt.

8.2.4.4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im wesentlichen die Erträge aus der Erhöhung des Aktivwerts der Rückdeckungsversicherungen (TDM 175) und die Erträge aufgrund der Erstattung von Gutachterkosten (TDM 87).

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen handelt es sich im wesentlichen um Börsenabwicklungsgebühren (TDM 2.987), Beratungs- und Prüfungskosten (TDM 434), Kosten für Wertpapier-Informationsdienste (TDM 366), Börsengebühren (TDM 173), EDV-Kosten (TDM 137), Raumkosten (TDM 127), Telefonkosten (TDM 121), Kosten des elektronischen Handelssystems XETRA (TDM 118) und um Beiträge zur Lebens- und Rückdeckungsversicherung (TDM 116).

8.2.4.5. Sonstige Angaben

Organe
Zu Geschäftsführern bzw. Vorstandsmitgliedern der Gesellschaft waren im Berichtsjahr bestellt:
– Herr Lutz Fröba, Germering
– Herr Thomas Mühlbauer, München
– Frau Christine Niederreuther-Rohrhirsch, München
– Herr Thomas Posovatz, München

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehören folgende Personen an:
– Herr Paul Berwein, Börsenmakler, Vorsitzender
– Herr Peter Hausmann, Staatssekretär a.D., Consultant, stellv. Vorsitzender
– Herr Dr. Ulrich Wastl, Rechtsanwalt

Aktien
Das gezeichnete Kapital in Höhe von TDM 6.000 ist eingeteilt in 1.200.000 Aktien im Nennwert von DM 5,00. Sämtliche Aktien sind Inhaberaktien.

Genehmigtes Kapital
Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist von fünf Jahren nach Eintragung der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Aktien gegen Sach- oder Bareinlage einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt TDM 3.000 zu erhöhen.

Der Vorstand kann mit Zustimmung des Aufsichtsrates hierfür das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre gemäß den gesetzlichen Bestimmungen ausschließen. Dies gilt insbesondere, sofern die Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen oder Beteiligungen an anderen Unternehmen erfolgt.

Mitarbeiter
Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter – ohne Geschäftsführer bzw. Vorstandsmitglieder – beträgt:

Büro Gräfelfing	5	(4,5)
Büro München	5	(4,5)
Büro Berlin	4	(4,0)
Büro Frankfurt	4	(3,8)

Anteile an verbundenen Unternehmen
Die Gesellschaft besaß am Bilanzstichtag 100 % der Anteile an der MWB Gesellschaft für Kapitalmarktkommunikation und Emissionsmanagement mbH mit Sitz in Gräfelfing. Deren Kapital beträgt TDM 2.112, der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 1997 belief sich auf TDM 78.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen
Die MWB AG hat mit Vertrag vom 23.12.1998 die Verpflichtung übernommen, bis spätestens 31.03.1999 6 Prozent des Grundkapitals der KST Wertpapierhandels AG, Stuttgart, zu erwerben. Hieraus resultiert eine Verpflichtung in Höhe von TDM 7.560.

8.2.4.6. Gewinnverwendung

Die Gesellschafterversammlung vom 6. November 1998 beschloß, aus dem voraussichtlichen Jahresergebnis 1998 einen Betrag in Höhe von TDM 8.000 vorab auszuschütten. Der Restbetrag wird auf neue Rechnung vorgetragen.

8.2.5. Bestätigungsvermerk

Einwendungen im Sinne von § 322 HGB sind nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung gegen die Buchführung, den Jahresabschluß und den Lagebericht nicht zu erheben.

Wir erteilen daher dem Jahresabschluß der MWB Wertpapierhandelshaus AG, Gräfelfing, zum 31. Dezember 1998 sowie dem Lagebericht 1998 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

“Die Buchführung und der Jahresabschluß entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluß vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der MWB Wertpapierhandelshaus AG, Gräfelfing. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluß.”

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Pastor Wirtschaftsprüfer	Schramm Wirtschaftsprüfer

München, den 10. März 1999

9. Geschäftsgang und Aussichten

Die ersten beiden Monate des Jahres 1999 sind erfolgreich verlaufen. Die MWB erzielte im Januar 1999 Umsatzerlöse von ca. DM 7,7 Mio., im Februar 1999 von ca. DM 3,9 Mio.. Begünstigt wurde dieses Ergebnis durch die gute Börsensituation im Zusammenhang mit der Einführung des Euro zu Beginn dieses Jahres, die gute Marktentwicklung der US-amerikanischen und europäischen Börsen und die anhaltend hohe Nachfrage nach Auslandsaktien von Seiten der Privatkundschaft.

Auf dem Ergebnis von 1998 aufbauend, rechnet die MWB auch für 1999 sowohl mit einem weiteren Wachstum als auch mit einem Gewinnanstieg. Ein Grund dafür liegt in der großen Anzahl der von der MWB im vergangenen Jahr neu eingeführten Titel. Die Fortführung dieser erfolgreichen Strategie zählt zu den zentralen Unternehmenszielen in 1999. In der Folge wird auch die Zahl der Mitarbeiter weiter wachsen, so wird beispielsweise eine weitere Aktienhändlerin das Frankfurter Büro ab April 1999 verstärken.

Die Einführung des XETRA®-Release III im Oktober 1998, das alle an der Frankfurter Wertpapierbörse notierten Aktien inklusive der Freiverkehrsaktien in den elektronischen Handel mit einbezogen hat, hat in dem Segment Freiverkehrsaktien bisher nicht die von der Deutsche Börse AG beabsichtigte Wirkung erzielt. Die Deutsche Börse AG hat den Handel im XETRA®-System deshalb auf unbestimmte Zeit auf die Blue Chips und einige andere hochliquide Titel beschränkt. Die Gesellschaft ist davon überzeugt, daß der Handel in ausländischen Freiverkehrstiteln, dem wesentlichen Geschäftsfeld der Gesellschaft, das klassische Maklergeschäft bleiben wird.

Die MWB will ihre gute Position in diesem Marktsegment mit der Übernahme ertragsstarker Finanzdienstleister weiter ausbauen. So hat die Gesellschaft bisher insgesamt 6,7 Prozent des Grundkapitals der KST Wertpapierhandelsaktiengesellschaft erworben. Darüber hinaus hat die MWB die Verpflichtung, weitere 3,3 Prozent des Grundkapitals zu erwerben.

Mit Schreiben vom 8. Dezember 1998 wurde für die bestehende 100 %ige Tochtergesellschaft, MWB Gesellschaft für Kapitalmarktkommunikation und Emissionsmanagement mbH, bei der Landeszentralbank und dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen eine Erlaubnis als Wertpapierhandelsbank gemäß § 32 KWG beantragt. Es soll das Emissionsgeschäft und das Privatkundengeschäft betrieben werden. Geschäftsführer der Tochtergesellschaft sind Herr Bernd Ertl, für den Bereich Emissionsgeschäft zuständig, und Herr Wolfgang Grau, für den Bereich Privatkundengeschäft zuständig. Die Gesellschaft hat seit Januar 1999 vier Mitarbeiter. Damit ist der Aufbau der Strukturen abgeschlossen und der Geschäftsbetrieb kann nach Erteilung der Erlaubnis aufgenommen werden. Von diesem Engagement erwartet die MWB für die Zukunft substantielle Beiträge zum Unternehmenserfolg.

Gräfelfing, im April 1999

MWB Wertpapierhandelshaus AG

(Nierderreuther-Rohrhirsch) (Fröba)

(Mühlbauer) (Posovatz)

Aufgrund des vorstehenden Unvollständigen Verkaufsprospekts / Börsenzulassungsprospekts sind die

DM 8.304.500,--
auf den Inhaber lautende Stammaktien

mit Gewinnberechtigung ab 1. Januar 1999

eingeteilt in

1.660.900 Aktien
im Nennbetrag von je DM 5,--

Wertpapier-Kenn-Nummer 665 610

Nr. 0.000.001 bis 1.660.900

der

MWB Wertpapierhandelshaus AG
- Gräfelfing -

an den

Wertpapierbörsen zu München, Berlin und Frankfurt am Main

zum Börsenhandel mit amtlicher Notierung zugelassen worden.

Berlin, Hamburg und Stuttgart im April 1999

Bankgesellschaft Berlin
Aktiengesellschaft

Vereins- und Westbank
Aktiengesellschaft

M.M. Warburg & CO
Kommanditgesellschaft auf Aktien

Bankhaus Ellwanger & Geiger